

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



DAS INTERVIEW: DW-Autor und Bhakdi-Top-Anwalt Prof. Martin Schwab berichtet vom Prozess ☹️ Seiten 12 und 13

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 134, Samstag, 27. Mai 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

NO. 1 in der Aufklärung des Corona-Regimes, *made in Germany* | Bald am **KIOSK** und jetzt im **ABO** (Seite 16)

AUF GEHT'S!

Freispruch für Sucharit Bhakdi



Sucharit Bhakdi dankt aus dem Gerichtssaal seinen Unterstützern.
Foto: Videostil.

Jetzt kommt der Sommer der Aufklärung

Ein Fanal! Der berühmte Kieler Epidemiologe Prof. Sucharit Bhakdi wurde am 74. Jahrestag des Grundgesetzes von sämtlichen Vorwürfen freigesprochen.

Seit dem 28. März 2020 gehen in Deutschland Millionen Menschen für Rechtsstaat, Grundrechte, ein Ende von Kriegstreiberei

und Staatsterror sowie eine Verfassungs-erneuerung auf Basis des Grundgesetzes (Seite 16) auf die Straße. Weil die Ziele von Beginn an klar, realistisch und umsetzbar sind, werden wir Demokraten von Regierung und Konzernen zuerst systematisch verleumdet, dann verfolgt und schließlich verhaftet. Der erfolgreiche Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg (Seite 7) musste ein dreiviertel Jahr im berüchtigten

Gefängnis Stuttgart-Stammheim einsitzen, bis überhaupt eine Anklage vorlag. Dies war nur möglich, weil er zuvor auch innerhalb der Demokratiebewegung gezielt verleumdet worden war (Seite 13). Ähnliches wollte man mit Sucharit Bhakdi anstellen.

Doch die Demokratiebewegung hielt zusammen – der Wissenschaftler blieb auf freiem Fuß.

Bhakdis Grundgesetz-Urteil läutet den Sommer der Aufklärung ein. Wie der US-Finanzmarktkapitalismus (Seite 9) bröckelt auch das Coronalügen-Kriegsregime. Kaum einer glaubt noch an deren Geschichten und immer mehr Menschen stehen auf. »Frieden, Freiheit und Demokratie kriegt man nicht geschenkt, sondern werden erkämpft«, lautet eine alte Volksweisheit. Na, dann los! Zeit, in die Offensive zu gehen.

6 JEDER IST WILLKOMMEN!
Der Demokalender
der
Verfassungsbewegung

8 APOTHEKER IM WIDERSTAND
Pharmazeut
gegen die
Pharmaindustrie

9 WACKELNDE BANKEN
Das Weltfinanzsystem
am seidenen
Faden

14 DIE SCHWEIGESPIRALE
Medizinische Notfälle
im Sport
reißen nicht ab

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW134

- Freispruch für Sucharit Bhakdi, Seite 1
- Ex-Fußballprofi Tobias Levels wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Köhne: Glühende Augen, Seite 2
- Interview mit Dr. Walter Weber zu den WHO-Reformen, Seite 3
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seite 4
- Demokraten feiern 74. Geburtstag des Grundgesetzes, Seite 4
- Bomben im Anflug, Seite 4
- Prof. Martin Schwab: »Kreuzige ihn!«, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: König der Kinder (Teil 2), Seite 6
- Interview mit Michael Ballweg: Auf nach Hambach!, Seite 7
- Christen im Widerstand: Religiöser Glaube – blind und fanatisch?, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Interview mit Apotheker Birger Bär, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Analyse von Rüdiger Rauls: Trügerische Sicherheit, Seite 9
- Motor Mittelstand: Die Massen machen mit, Seite 10
- Bernd Quinque kritisiert Tatenlosigkeit der Deutschen, Seite 10
- EU gegen Demokraten, Seite 10
- Uranstaubwolke über Europa?, Seite 11
- Bilderberg-Treffen in Lissabon, Seite 11
- Großes Interview mit Prof. Schwab zum Bhakdi-Prozess, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- Dr. Herthneck: Eine Pandemie der kranken Seelen, Seite 14
- Lisa Fitz mit neuem Song: »Der Journalist«, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Medizinische Notfälle im Sport reißen nicht ab, Seite 15
- Prof. Michael Meyen: Das Märchen vom Pionierboot, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Sport mit Berthold, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 134. Ausgabe ab Samstag, 27. Mai 2023. | Redaktionsschluss war am 25. Mai. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzels, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **[UFP]** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir

Ja!

Republik,
Gewaltenteilung,
Demokratie



Kämpfer auf und
neben dem Platz

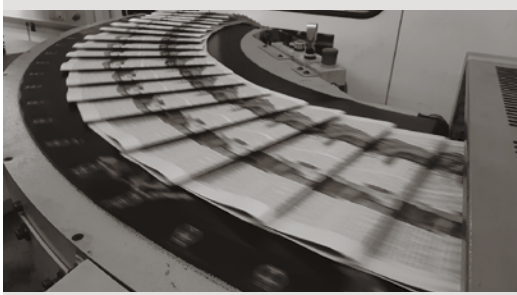
*Der Preis der Republik geht
an Tobias Levels.*

LAUDATIO von Klaus Müller

Auf dem Fußballplatz kämpfte er einst als Profi, u. a. von Borussia Mönchengladbach, unermüdlich um Punkte. Als Verteidiger war es seine Hauptaufgabe, Gegentore zu verhindern. Heute kämpft er abseits des grünen Rasens – um seine und unsere Freiheit. Tobias Levels war vom ersten Tag an klar: »Die Pandemie ist ein Fake, ein Bluff, eine Riesentäuschung. Es ging nie um unsere Gesundheit, sondern einzig und allein um Geld, Macht und Kontrolle.«

Der 36-Jährige, der inzwischen als holistischer Gesundheitsberater tätig ist, machte bei diesem perfiden Spiel nicht mit: In den sozialen Medien hielt er mit seiner Meinung nicht hinterm Berg, prangerte offen die Missstände an. Ihm war es egal, dass ihn die Mainstream-Medien fortan niedermachten. Beim Einkaufen trug er die Maske absichtlich unter der Nase, was ihm mehrfach Hausverbote einbrachte. Videos von diesen Erlebnissen machte er öffentlich, denn jeder sollte sehen, was in diesem Land passiert.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN TOBIAS LEVELS. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebens, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hitz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes,



In Interviews mit dem DW sprach er über die Elite der mächtigsten Menschen der Welt: »Sie wollen Gott spielen, eine neue Weltordnung durchsetzen«. Unsere Freiheit sei ernsthaft in Gefahr, was eine Konsequenz unserer Schläfrigkeit und Ignoranz der letzten Jahrzehnte sei. »Wir waren nicht bereit hinzuschauen, haben uns einlullen lassen von den Marionetten, die uns regieren«, erklärt Levels, der genau weiß, wie wir gegen dieses Sklavensystem angehen und uns unsere Freiheit verteidigen können: »Es wird erst aufhören, wenn wir alle nicht mehr mitmachen. Wir können das System jederzeit zum Einsturz bringen – mit Integrität und Konsequenz.«

Der Ex-Fußballstar ist zuversichtlich, dass dies gelingen wird: »Viele sind aufgewacht und es werden immer mehr.« Daran hat er seinen Anteil. Im modernen Fußball gibt es fast nur noch weichgespülte, stromlinienförmige Kicker, kaum noch echte Kerle und Persönlichkeiten mit Charakter und Rückgrat. Es wird Zeit, dass sich der eine oder andere ein Beispiel an Tobias Levels nimmt. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Preis!

Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmanier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelman, Monica Smii, Christian Krählhing, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöpfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Ralf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

•••••
: DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE :
•••••

Glühende Augen

EINWURF von Werner Köhne

Nach langer Zeit mal wieder eine *Talkshow* mit Markus Lanz angesehen.

Das für den Abend angesetzte Thema gab vor, Antworten auf diese Frage zu finden: Inwieweit habe die jahrzehntelange Regentschaft Putins eine angeblich ohnehin immer schon vorhandene Gewaltbereitschaft in der russischen Gesellschaft verstärkt – bis in Kindergärten, Familien und Ehebetten hinein. Wie viel an Verrohung sei in den russischen Alltag, in die Sprache, in verschwiegene Tabus vorgerückt?

Man hatte dazu einen Kreis von bestätigten Claqueuren eingeladen, unter ihnen einen Autor, der in seinem neuesten Buch ein wahres Horrorbild von der russischen Gesellschaft entwarf – ein Zerrbild, das Lanz mit Verweis auf seinen jüngsten Besuch in Russland aber zu bestätigen suchte. Ich fühlte mich ob dieses TV-Szenarios wie in einem mir aufgezwungenen rassistischen Unterweisungsprogramm. Und in mir stiegen Erinnerungen aus meiner Kinderzeit in den 1950er Jahren auf: ähnlich verzerrende Bilder – etwa das vom »Russen«, der Frauen vergewaltigt, mit verrosteten Panzern und unfairen Mitteln Schlachten bestreitet und tote Ratten frisst.

Und ich frage mich: Werden wir mit solchen *Talkshows* nicht wieder dazu verführt, alte Vorurteile in uns wach zu rufen und damit alles abzusegnen, was aktuell an Kriegsmaßnahmen gegen Putin und seine Russen in Anschlag zu bringen ist? Erlaubt ist da inzwischen ja alles!

Unter den Eingeladenen befand sich auch ein Präsidiumsmitglied aus der SPD, der sich zu folgender Äußerung hinreißen ließ: Putin halte den Zerfall des Sowjetreichs für katastrophaler als Auschwitz. Vor moralischer Erregung glühten dabei die Augen des Gutmenschen aus der »SPD-Baracke«, der so die Verständigungspolitik eines Willy Brandt zum historischen Müll erklärte. Da inszenierte sich ein Exekutor westlicher Werte. Und ich kramte aus meiner Erinnerung ein Zitat hervor, das auf Botho Strauss zurückgeht und das auf diese *Talkshow* zutrifft:

»Das Regime der telekratischen Öffentlichkeit ist die unblutigste Gewaltherrschaft und zugleich der umfassendste Totalitarismus der Geschichte. Er kennt keine Untertanen und keine Feinde. Es kennt nur Mitwirkende, Systemkonforme.«



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

ANKLAGE WEGEN HOCHVERRAT

INTERVIEW mit dem demokratischen Arzt Dr. Walter Weber zu den drohenden Reformen der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

DW: In dieser Woche tagte und tagt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf. Was wird dort besprochen und entschlossen?

Walter Weber: Bei den WHO-Verhandlungen geht es um einen sogenannten Zero-Entwurf des Pandemievertrags, der darauf abzielt, die Meinungsfreiheit einzuschränken, die Überwachung zu erhöhen und unsere geschätzten Bürgerrechte unter dem Deckmantel der Pandemieprävention zu untergraben.

DW: Das klingt nicht gesund ...

W.W.: Es besteht noch – also heute am Mittwoch, während wir sprechen – die Möglichkeit, das der gefährliche Zero-Entwurf des Pandemievertrags auf diesem Gipfeltreffen der WHO von unbeugsamen Staaten gestoppt wird, so wie es bereits in ähnlicher Form in der Vergangenheit geschah. Final soll dieser Vertrag im Mai 2024 verabschiedet werden. Das bedarf allerdings der Zweidrittelmehrheit aller Staaten.

DW: Es stehen jetzt aber bereits Entscheidungen bei diesem Gipfel an ...

W.W.: Ja, die WHO versucht, umfassende Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) durchzusetzen, die ihr noch nie dagewesene Macht verleihen würde.

DW: Inwiefern?

W.W.: Der Charakter der WHO würde sich von einer beratenden Organisation zu einem Leitungsorgan ändern, weil ihre Verlautbarungen rechtlich bindend sein sollen. Das würde im Falle des Ausrufens einer Pandemie durch den Generaldirektor die Souveränität der Staaten in Gesundheitsfragen aufheben.

DW: Und was Gesundheitsfragen sind, kann – wie wir während Corona feststellen mussten – sehr weit ausgelegt werden.

W.W.: Die vorgeschlagenen Änderungen

der internationalen Gesundheitsvorschriften würden die Macht der WHO dahingehend erweitern, bereits »potenzielle« Gesundheitsnotfälle auszurufen und dabei WHO-Beamten die Macht geben, neue globale Überwachungs- und Datenaustauschmechanismen zu entwickeln. Außerdem sollen Begriffe wie »Würde des Menschen« und »Grundfreiheiten« aus den Statuten gestrichen werden ...

DW: ... und somit könnte sich kein Mensch, der mit dieser vorgeschobenen Pandemie-Politik nicht einverstanden ist, mehr auf diese Menschenrechte berufen.

W.W.: Die WHO ist vorwiegend privat finanziert, demokratisch nicht gewählt und unterliegt keinerlei Kontrolle. Die Zustimmung zu den neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften bedarf nur der einfachen Mehrheit der Staaten. Sollte der deutsche Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach unterschreiben – worauf alles hindeutet – ist eine Anklage wegen Hochverrat geplant.

DW: Sie unterstützten mit Ihrem Verein Ärzte für Aufklärung auch einen offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Dieser hat mittlerweile 480.000 Unterschriften zusammengebracht. Wie wurde seitens der Regierung mit diesem massiven Widerstand aus der Bevölkerung gegen die WHO-Reform umgegangen?

W.W.: Er wurde ignoriert, und von Olaf Scholz war öffentlich nichts zu hören. Der Bundestag hat am Mittwoch, 12. Mai 2023, mit großer Mehrheit, also mit quasi sämtlichen Stimmen der Abgeordneten außer der AfD, beschlossen, die WHO stärker zu unterstützen. Die Abgeordneten scheinen billigend die eigene Entmachtung in Kauf zu nehmen.

DW: Welche weiteren Schritte sind



Demokratin in Bochum am 20. Mai 2023. Foto: Georgi Belickin

von Ihnen mit diesem massiven Rückhalt – immerhin eine halbe Million Bundesbürger – geplant, um die WHO-Pläne aufzuhalten?

W.W.: Wir sammeln aktuell mit verschiedenen Initiativen die Vorschläge zu diesem Thema, um dann gezielt und effektiv vorzugehen. Sehen wir erst einmal, ob Herr Lauterbach sich traut, die Gesundheitsvorschriften zu unterzeichnen.

DW: Herr Dr. Weber, Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Walter Weber, Jahrgang 1944, ist Mediziner und Buchautor. Er lebt in Hamburg. Mit weiteren Ärzten gründete er Anfang 2020 den Verein Ärzte für Aufklärung, um bei Corona zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Virus zurückzukehren.

MELDUNG

WHO-CHEF WARNT, LAUTERBACH APPELLIERT

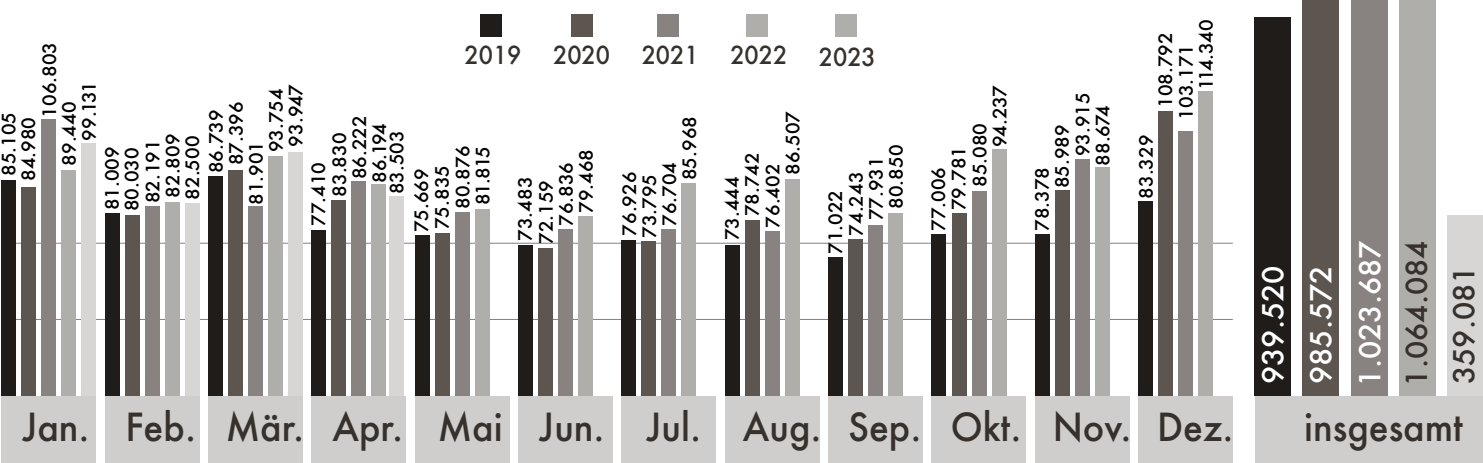
Genf/DW. Die WHO tagte im schweizerischen Genf. Mit dabei: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), der erklärte, man müsse die nächste Pandemie verhindern: »Es darf nicht sein, dass in regelmäßigen Abständen Pandemien – durch Klimawandel und Zerstörung der Umwelt verursacht – die Wirtschaft der Welt zerstören. Dafür muss die WHO deutlich gestärkt werden.« Die WHO möchte bekanntlich deutlich mehr globale Befugnisse erlangen. Ihr Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus warnte in Bezug auf Corona: »Die Gefahr, dass eine weitere Variante auftaucht, die neue Krankheits- und Todesfälle verursacht, bleibt bestehen, ebenso die Gefahr eines weiteren Erregers, der noch tödlicher sein könnte.« Derweil berichtet die Bild, dass die Reform von Lauterbach zu einem Krankenhaus-Kahlschlag führen könne: Fast jeder zweiten Klinik drohe das Aus. Der Politiker dementierte die Meldung: »Nein, das stimmt nicht.« (kmü)

LEBENSERWARTUNG IN DEUTSCHLAND NIMMT AB

Wien/DW. Wie der Wissenschafts- und Politik-Blog tkp.at berichtet, erkranken immer mehr jüngere Menschen an Krebs. Auch deshalb sinke die Lebenserwartung in Deutschland. Das Corona-Pandemie-Jahr 2020 brachte noch eine Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung um 0,025 Jahre, das Impfstoffjahr 2021 erstmals eine Abnahme von 0,060 Jahre, das zweite Impfstoffjahr bereits eine Abnahme von 0,24 Jahre. Dies sei ein so großer Rückgang, wie es ihn seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben habe. (kmü) unsere Demokratie verachtet, hat kein Recht auf Schwarz-Rot-Gold«, sprach er dann jedoch auch ein wahres Wort. (hes)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Klima-Apokalypse Der Weltuntergang naht – oder nicht?

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, fürchten Sie sich auch schon wieder? Oder immer noch? Schließlich wird uns die bevorstehende Klima-Apokalypse, die unseren Planeten für immer und ewig unbewohnbar machen soll, schon seit vielen Jahren angekündigt. Mal von den Grünen, mal von den verzogenen Kindern der wirklich allerletzten Generation – die sich weinend und voller Verzweiflung auf den Straßen und mittlerweile sogar an Autos festkleben – und oft genug auch vom ÖRR und den *Mainstream*-Medien.

»Schockierende Weltklimastudie: Es bleiben nur noch 13 Jahre, um unsere Erde zu retten.« Das schrieb beispielsweise die *Bild* – im Februar 2007. Nun gut, was uns 2020 glücklicherweise erspart blieb, könnte uns ja noch im Juni 2023 ereilen. Schließlich hat die weltweit geschätzte Klimaexpertin Greta Thunberg am 21. Juni 2018 per *Twitter* mitgeteilt, dass die gesamte Menschheit in den nächsten fünf Jahren ausgelöscht wird, sofern wir weiter fossile Brennstoffe nutzen würden. Es bleiben uns also nur noch wenige Tage. Greta hat ihren *Tweet*, in dem sie sich auf einen supi Klimawissenschaftler bezog, allerdings im März gelöscht. Merkwürdig? Eher nicht. Das *Relotius*-Blättchen *Der Spiegel* vermeldete am 22. Mai:

»Zwei Milliarden Menschen droht der Hitzekollaps«. Im Artikel heißt es, dass es europaweit zwischen Juni und August 2022 »eine Übersterblichkeit von mehr als 100.000 Menschen« gegeben haben soll. Puh, da kommt man allein beim Lesen schon mächtig ins Schwitzen. Die mit den Spritzen einhergehende Übersterblichkeit interessiert den *Mainstream* freilich nicht besonders.

Die Märchen- und Propaganda-*Show*, einigen auch als *Tagesschau* bekannt, hält die Alarmstimmung ebenfalls weiter hoch und berichtete vor wenigen Tagen, dass durch den Klimawandel Seen und Gewässer austrocknen würden. Belegt wurde diese Katastrophe mit dem Bild eines ausgetrockneten Stausees aus Bayern, dem Ellertshäuser See. Blöd nur, dass dieser nicht wegen des Klimawandels sein Wasser verlor, sondern – wie *pleiteticker.de* berichtet – für Baumaßnahmen künstlich trockengelegt wurde. Inzwischen sei er wieder gut gefüllt und sogar zum Baden freigegeben.

Dass die *Tagesschau Fake-News* produziert, ist längst keine Neuigkeit mehr. Man denke nur an die stromerzeugenden Fernseher aus Afrika, 18.500 Fukushima-Tote oder den Sprengstoff in Form von Pflanzen. Vor allem aber lässt sie gerne Nachrichten außen vor, die das eigene Narrativ torpedieren. Etwa

dass wir gerade erst den nassesten April seit 15 Jahren erlebt haben. Oder dass an der Forschungsstation Wostok am Kältepol der Erde Tiefsttemperaturen von fast minus 75 Grad gemessen wurden und dort somit außergewöhnlich früh im Jahr, bereits Anfang Mai, extreme Kälte einsetzte.

Der *Nordkurier* dagegen wagte es nun, auf eine alarmierende Studie, die auf der Internetseite der NASA zu finden ist, hinzuweisen und fragt tatsächlich: »Klimaerwärmung durch Windräder?« Im Artikel kommt ein Professor für Experimentalphysik zu Wort, der sagt: »Wir brauchen mehr kritische Wissenschaft und weniger blinde Ideologie.« Ernsthaft? Nicht dass der Zeitung künftig die Subventionen zur Presseförderung gekürzt werden oder sie bei der nächsten Plandemie einfach mit weniger Impf-Anzeigen bedacht wird. Eine derartige Berichterstattung dürfte der Regierung kaum gefallen. Zum Glück sorgten gleich mehrere unabhängige Faktenchecker umgehend für Entwarnung.

Interessant finde ich, dass *ZDFinfo* noch 2011 in einer Doku darüber berichtete, dass die Durchschnittstemperatur vor 2.000 Jahren um etwa zwei Grad höher lag als heute. Man weiß ja nie, aber ich vermute, dass es damals, also in der Zeit des Römischen Reiches, noch keine Autos und Ölheizungen



Greta Thunberg
@GretaThunberg

"A top climate scientist is warning that climate change will wipe out all of humanity unless we stop using fossil fuels over the next five years."
gritpost.com/humans-extinct...

11:18 AM · Jun 21, 2018

Diesen Tweet vom 21. Juni 2018 hat Greta Thunberg vor kurzem gelöscht. Ob sie etwa Zweifel am bevorstehenden Weltuntergang hat? Foto: Screenshot Twitter

gab. Das könnten die ÖRR-Redakteure mal recherchieren. Aber vermutlich sind sie schon mit dem Färben der Wetterkarten für die kommenden Wochen beschäftigt. Die können ja bereits bei milden 20 Grad gerne mal bedrohlich tiefrot daherkommen.

Glaubt man dem *Mainstream*, stehen uns heiße Zeiten bevor. Das Schmelzen der Permafrostböden drohe laut mehreren Forschern sogar »Zombieviren« freizusetzen, also schlimmste Erreger, denen der Mensch bisher nie begegnet sei. Auch darüber berichten die Altmedien regelmäßig. Klingt wirklich nach Endzeit. Na, dann schaue ich mir mal schnell die letzten Folgen von *The Walking Dead* an, bevor die Fiktion endgültig zur Realität wird. Andererseits: Vielleicht behält Gretchen doch recht, dann blieben uns immerhin die Zombies erspart ...



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Demokraten aus ganz Deutschland feierten am 23. Mai 2023 den 74. Geburtstag des Grundgesetzes (Seite 16). In Baden-Baden, Bensheim, Berlin, Burgau, Frankfurt, Gotha, Hannover, Heidelberg, Ladenburg, Leipzig und München gingen Tausende auf die Straße. Organisiert wurde die Aktion unter anderem über die Internetseite unsere-verfassung.de des Menschenrechtsaktivisten Ralph Boes. In Landshut (s.o.) ging man bereits am 22. Mai 2022 mit dem Grundgesetz für die Verfassungserneuerung spazieren. Foto: Privat

BOMBEN IM ANFLUG

Die nächste »Verschwörungstheorie« bewahrheitet sich
Von Hendrik Sodenkamp

In der vergangenen Woche kamen die sogenannten G7-Staaten in Japan zusammen. Für ihr Treffen hatten sich die größten US-loyalen Industrienationen bezeichnenderweise die Stadt Hiroshima ausgesucht, über der die US-Regierung einst die erste Atombombe abwerfen ließ.

Bei dem Treffen der Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, Großbritanniens und der USA war auch der omnipräsente ukrainische Präsident Wolodimir Selenski zugegen, der seine Forderung nach Kampffjets erneuerte und auf positive Resonanz stieß. Im Anschluss an das Treffen erlaubte die US-Regierung seinen Verbündeten, Kampfflugzeuge in die Ukraine zu liefern. Eine erstes F-16-Kampfflugzeug ist unterwegs. Die USA wollen ukrainische Kampfpiloten ausbilden und machen so den Weg frei für weitere Kampffjet-Lieferungen. Die russische Regierung warnte vor einem »kolossalen Risiko«.

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und sein Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) zeigen sich derzeit noch zögerlich – so zögerlich, wie sie sich vor der Lieferung von schweren Kampfpanzern in die Ukraine zeigten.

Schachbrettstrategen der Konzernmedien in Deutschland jubeln über die Lieferung der fliegenden Waffen, so spekulierte das regierungsnahe Blatt *Tagesspiegel* darüber,

welchen Effekt der F-16-Bomber im Krieg haben werde und implizierte die Lieferung modernerer und »präziserer« Luftwaffen.

Kampffjets in die Ukraine – vor rund acht Monaten hatte die Demokratiebewegung davor gewarnt, was damals vom *Mainstream* noch als weltfremdes Panikgeschwätz abgetan wurde.

»Was ist der Unterschied zwischen der Wahrheit und einer Verschwörungstheorie? – Acht bis neun Monate«, so ein Witz aus dem Nato-Hauptquartier, den die Autoren des *Konspirationistischen Manifests* (Seite 15) aufschnappten.

KONTO DICHT!

Sie haben es wieder getan! Die nächste Bank schloss im April dieser Zeitung das Konto, weil wir die Opposition der Gegenwart in dieser Zeitung zu Wort kommen lassen.

Mittlerweile ist es die zwölfte Bank, die im Verbund mit Geheimdiensten die demokratische Opposition bekämpft. Doch wir haben vorgesorgt. Diese Bankverbindung funktioniert:

Die neue Bankverbindung für Abos, Spenden und Verteilung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus

IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



»KREUZIGE IHN!«

Wie die Konzernpresse versuchte, Einfluss auf den Richter Sucharit Bhakdis zu nehmen.

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Eine Woche vor dem Beginn der Hauptverhandlung im Strafverfahren gegen Sucharit Bhakdi wegen angeblicher Volksverhetzung sendeten die Kieler Nachrichten eine unmissverständliche Botschaft an den Richter: Wenn er freispricht, wird auch er übelst in den Dreck gezogen werden. Ein unfassbarer medialer Angriff auf die richterliche Unabhängigkeit.

Unter dem Titel »Wird Bhakdi-Prozess zum Spektakel?« holen die *Kieler Nachrichten* vom 16. Mai 2023 zum großen *Framing*-Angriff aus: »Im Internet rufen Corona-Leugner, Impfgegner und Rechtsextremisten zur Teilnahme an der Verhandlung auf« – was beim Leser den Eindruck erwecken soll, als seien alle, die die Corona-Maßnahmen und die Impfungen ablehnten, rechtsextrem. Dieses Nazi-Rechts-Rechts-Nazi-Gebrüll hören und lesen wir in den Konzernmedien seit drei Jahren. Echt, Leute, langsam wird es langweilig!

»Die Justiz ist besorgt, die Polizei alarmiert«; der Leser soll denken, dass das beschauliche Plön von wilden Horden heimgesucht zu werden droht, die nur Mord und Brandschatzung im Sinn haben.

Bhakdi sei einer der schärfsten Kritiker der »letztlich erfolgreichen Impfpolitik« gewesen. – Erfolgreich? Kommt darauf an, was man als Erfolg definiert. Wenn der angestrebte Erfolg darin bestand, ahnungslose und verängstigte Menschen umzunieten, spricht die neues te altersstandardisierte Sterbestatistik der Internetdatenbank *Mortality Watch* klar dafür, dass die Impfpolitik tatsächlich diesen Erfolg gezeitigt hat: Seit dem Impfstart schnellte die Sterberate in die Höhe. Diese Korrelation bedeutet zwar noch nicht zwingend Kausalität. Wohl aber stellt sie ein Risikosignal dar.

Bhakdi habe bei seiner Kritik an Maßnahmen und Impfungen »mehr oder minder offen auch antisemitische Töne« angeschlagen. Für den Autor steht das Urteil also offenbar schon fest. Diesen Anschein erweckt auch der spätere Passus, »Justizexperten« gingen davon aus, dass Bhakdi mit einer Geld- oder einer Bewährungsstrafe davonkomme. Es wird nicht offengelegt, welche Experten der Autor gefragt hat – aber wer auch immer diese »Experten« sind, kann es mit deren Sachverstand nicht weit her sein. Denn diese »Experten« haben offenbar den Sinn der Hauptverhandlung in einem Strafverfahren nicht begriffen: Diese Verhandlung soll doch erst klären, ob überhaupt eine strafbare Handlung vorliegt!



Der Kieler Epidemiologe Sucharit Bhakdi wird am 23. Mai 2023 vor dem Gerichtsgebäude von Demokraten empfangen.
Foto: Alexander Heil, freiheit-in-der-krise.de.

TOP-JURISTEN
UND EXPERTEN?

Aber warum denn an einer Verurteilung Bkakdis zweifeln, wenn doch die Anklageschrift »von einer der Top-Juristinnen der Schleswiger Behörde, der Antisemitismus-Beauftragten Silke Füssinger« formuliert worden ist? Während die drei Verteidiger, nämlich Sven Lausen, Tobias Weissenborn und ich, »in der Querdenker-Szene wohlbekannt« sind? Dies soll beim Leser anscheinend den Eindruck minderer Qualität und minderer Glaubhaftigkeit erwecken.

Also wenn Frau Füssinger das Beste ist, was die Generalstaatsanwaltschaft zu bieten hat, gab es entweder zu wenige qualifizierte Bewerbungen, oder es ist im Stellenbesetzungsverfahren etwas gehörig schiefgelaufen. Denn die Anklageschrift wurde am 12. Juni 2022 auf der Internetseite des Vereins Kritische Richter und Staatsanwälte (KriSta) nach allen Regeln der Kunst zerpflickt.

Der Richter in Plön hätte diesen Artikel nur abzuschreiben brauchen, um gestützt darauf die Anklage zurückzuweisen. Der medizinisch offensichtlich ahnungslose Autor zieht schließlich die Fachkunde von Sucharit Bhakdi in Zweifel:

Dessen Aussagen zur Corona-Krise seien »von Experten auch seines ehemaligen Instituts als irreführend oder falsch gebrandmarkt« worden. Das übliche Muster des sogenannten *Faktencheckers*: »Experte A hat X gesagt. Das kann aber nicht stimmen, denn Experte B hat Y gesagt.« Der Autor selbst kann Sucharit Bhakdi nichts entgegensetzen, also beruft er sich auf – abermals namentlich nicht genannte – »Experten«, ohne selbst sagen zu können, warum diese recht haben sollen und Sucharit Bhakdi nicht. In Wirklichkeit ging es im Verfahren vor dem Amtsgericht Plön nicht um Antisemitismus. Es ging um den Kampf

um die Deutungshoheit über die Aufarbeitung der Coronakrise. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung verzeichnete allein für 2021 insgesamt 2,487 Millionen Abrechnungsziffern für Covid-Impfkomplikationen. In so vielen Fällen ging es Menschen nach der Coronaspritze so schlecht, dass sie es für nötig hielten, einen Arzt aufzusuchen.

AUFARBEITUNG SOLL
VERHINDERT WERDEN

Die Scharfmacher der Impfpropaganda haben das Leben und die Gesundheit von Millionen Impfpfern auf dem Gewissen. Sie müssen befürchten, eines Tages auch rechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden. Sucharit Bhakdi wird dann Kronzeuge der Anklage sein. Und davor haben die Schreiberlinge der Konzernmedien Angst. Deshalb versuchen sie, seine Glaubwürdigkeit öffentlich zu beschädigen – mit an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfen.

Die Aggressivität, mit der die Konzernmedien öffentlich den Kopf von Sucharit Bhakdi fordern, erinnert an biblische Zeiten. Natürlich ist Sucharit Bhakdi nicht mit Jesus Christus vergleichbar. Kein Mensch hält den Vergleich mit Jesus Christus aus. Wohl aber ähnelte die mediale Forderung nach einer Verurteilung von Sucharit Bhakdi dem wutverzerrten »Kreuzige-ihn«-Geschrei der in ihrer Verlogenheit entblößten Pharisäer.

Sie hofften auf einen Richter, der sich bei seiner Urteilsfindung aus Furcht vor medialer Abschachtung nicht an den Prinzipien Recht und Gerechtigkeit, sondern an den Prinzipien Macht und Opportunismus orientiert. Eine widerwärtige Perversion des Journalismus!

👁 So war der Prozess, Seiten 12 und 13

MELDUNG

REGIERUNG SAGT: KLIMAKLEBER
SIND »KRIMINELLE ORGANISATION«


Berlin/DW. In mehreren Bundesländern wurden am 24. Mai 2023 Wohnungen von Aktivisten der selbsternannten Letzten Generation durchsucht. Der regierungsnahen *Tagesschau* zufolge wird gegen sieben Mitglieder wegen des Verdachts auf Bildung einer »Kriminellen Vereinigung« ermittelt. Durchgeführt wurde der Einsatz von Sondereinheiten des bayerischen LKA, das auch gegen Menschenrechtsaktivisten der Demokratiebewegung in Brandenburg Einsätze durchgeführt hatte. Laut LKA habe die Gruppe eine Spenden in Höhe von mindestens 1,4 Millionen Euro eingesammelt, um damit ihre Aktionen zu finanzieren. Sprecher der letzten Generation wiesen die Vorwürfe gegen sie vehement zurück. Dass Wohnungen durchsucht und Konten gesperrt würden, sei »völlig bekloppt«, so die Organisation. Die umstrittene Bundesinnenminister Nancy Fäser (SPD) verteidigte den Einsatz mit Worten des ehemaligen Berliner Bürgermeisters Michael Müllers, der »Rechtsstaat lasse sich nicht auf der Nase herumtanzen.« (hes)

ES IST ZEIT,
WIDERSTAND ZU LEISTEN

Erfurt/Berlin/DW. Wie der *MDR* berichtet, waren die Thüringer 2020 und 2021 mit der Demokratie überdurchschnittlich zufrieden, doch 2022 gingen die Werte stark zurück – auf nur noch 48 Prozent. Dies zeigen aktuelle Zahlen des *Thüringen-Monitors*. Fast zwei Drittel der Befragten (64 Prozent) stimmten der Aussage zu, dass die »Herrschenden und Mächtigen gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung« handeln. 61 Prozent meinten, »es ist Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten«. Und 81 Prozent glaubten, dass sich die Politiker immer dann einig seien, »wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen«. Zu diesen Zahlen passt auch eine neue *Insa*-Umfrage, nach der 50 Prozent der Befragten einen Rücktritt von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) fordern. Dies berichtet die *Bild*-Zeitung. Nur noch 28 Prozent wollen demnach, dass Habeck weitermacht. (kmü)

STEINMEIER OHNE RECHT
AUF SCHWARZ-ROT-GOLD

Frankfurt/DW. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier instrumentalisierte die deutsche Demokratiebewegung von 1848 bei einer Rede anlässlich des 175. Jahrestages der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zur Feier seiner Macht. Die Revolution von 1848 sei der »Moment gewesen, als Untertanen zu Bürgern wurden«, so Steinmeier beim Regierungsfest am 18. Mai 2023. Der SPD-Mann Steinmeier hatte nicht zuletzt mit seiner Unterschrift der Infektionsschutzgesetze 2020 bis 2023 Bürger mit Rechten zu Objekten staatlicher Willkür verwandelt. Mit »Wer unsere Demokratie verachtet, hat kein Recht auf Schwarz-Rot-Gold«, sprach er dann jedoch auch ein wahres Wort. (hes)



Leuchtturm

ARD - ORF - SRG

AUGSBURG: Samstag 15:30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3

BELLHEIM: Montag 18:00 Rheinpalz • Am Rathaus

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee

BREMEN: Donnerstag 17:00 • Radio Bremen • Am Markt 2

DESSAU: Montag 18:00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke

DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1

FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8

HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132

HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1

HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22

KASSEL: Mittwoch 11:30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46

KIEL: Donnerstag 16:00 • NDR Studio • Schlossplatz 3

KONSTANZ: Montag 18:00 • SWR Regional • Münsterplatz

KÖLN: Donnerstag 17:00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1

LEIPZIG: Montag 19:00 • MDR Sachsen • Augustusplatz

LINDAU: Freitag 16:00 • Lindauer Zeitung • Inselgraben 2

LÜBECK: Montag 17:45 • NDR Media Docks • Behnkai

MAGDEBURG: Montag 18:00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen

MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5

OPPENHEIM: Montag 18:00 • SWR Regional • Katharinenkirche

PLAUNEN: Montag 17:00 • MDR Regional • Wendedenkmal

POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20

SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St. Johanner Markt

SCHWEINFURT: Sonntag 18:00 • BR Regional • Am Marktplatz

SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61

WAREN: Müritz Montag 18:30 • Nordkurier • Marktplatz

WIESBADEN: Samstag 13:00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse

WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Oberer Markt

ZUFFENHAUSEN: Montag 18:00 • Stuttg. Zeitung • Brunnen vor Rathaus

IMMER MONTAGS!

AACHERN, 18 Uhr, Rathausplatz – AUERBACH, 18 Uhr, Markt – BAUTZEN, 18 Uhr, Kornmarkt – BOCHUM, 19 Uhr, Berliner Platz – BUCHHOLZ, 18.30 Uhr, Rathaus – CHEMNITZ, 18 Uhr, Karl-Marx-Monument – Eisleben, 18 Uhr, Marktplatz – FRANKFURT/Main, 18 Uhr, Konstabler Wache – GERLINGEN, 18 Uhr, Rathaus – GÜNZBURG, 17.30 Uhr, Rathaus – HEIDELBERG, 18.30 Uhr, Spaghettisäule/ Bismarckplatz – HOLLE; 18 Uhr, Rathaus – KEHL, 19 Uhr, Marktplatz – LANDSHUT, 18 Uhr, Ländtor – LINGEN, 18 Uhr, Universitätsplatz – MÜHLHAUSEN, 19 Uhr, Untermarkt – NEUHAUSEN, 18 Uhr, Markt – NIEDERBÜLL, 18 Uhr, Rathaus – PENKUN, 18 Uhr, Markt – OBERKIRCH, 18 Uhr, Rathaus – OLDENBURG, 18 Uhr, Schlossplatz – PARCHIM, 18 Uhr, Rathaus – PFORZHEIM, 18 Uhr, Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, Rathaus – REGENSBURG, 18 Uhr, Domplatz – ST. WENDEL, 18 Uhr, Rathaus – ÜBERLINGEN, 18 Uhr, Rathaus – VERDEN, 18 Uhr, Allerpark – WALLDORF, 18 Uhr, Rathaus

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!





ÜBER 700 MOTIVE!

GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP


DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 27.5.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 27.5.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 27.5.2023 11-15 Uhr	Brandenburg an der Havel, Katharinenkirchplatz	Schilderdemo
Sa, 27.5.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 27.5.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 27.5.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 27.5.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 27.5.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 27.5.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 27.5.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 27.5.2023 16-19 Uhr	Salzwehel, Rathausumplatz	Spaziergang
Sa, 28.5.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 29.5.2023 19:20-30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Bad Honnel/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 29.5.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 29.5.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache für Frieden, Freiheit, und Souveränität
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 29.5.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigplatz	Mahnwache
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 29.5.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 29.4.2023, 18:15-20 Uhr	Elmshorn, Peterstraße (Beginn Fußgängerzone)	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-21 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Frankfurt/Oder, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Hennel/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Köln, Ronceilplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Salzwehel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 19:21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 29.5.2023 18:21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 29.5.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Tettmang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 29.5.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 29.5.2023 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 29.5.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 29.5.2023 19:21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 30.5.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 30.5.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 30.5.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 30.5.2023 19:21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 30.5.2023 19:21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 31.5.2023 19:21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 31.5.2023, 18-20 Uhr	Klein Nordende (SH), Welfriedenseiche bei REWE	Spaziergang
Mi, 31.5.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 31.5.2023 19:21 Uhr	Mehrhaog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 31.5.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 31.5.2023 19:21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 31.5.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Markstraße	Treffen
Mi, 31.5.2023 19:20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 31.5.2023 19:20:30 Uhr	Schulzenhof, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 31.5.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 1.6.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 1.6.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 1.6.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 1.6.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 1.6.2023 17:30-19 Uhr	Hannau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 1.6.2023 19-21 Uhr	Hennel/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 1.6.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 1.6.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 1.6.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 2.6.2023 18-20 Uhr	Raestfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 3.6.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.6.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 3.6.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 3.6.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 3.6.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 3.6.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 3.6.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 3.6.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 3.6.2023 13:16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 3.6.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 17.6.2023 14-16 Uhr	Freiburg im Breisgau, Am Konzerthaus gegenüber des Hbf.	Fahrraddemo
Sa, 1.7.2023 14-17 Uhr	Freiburg am Breisgau, Platz der alten Synagoge	Schweigemarsch
Mi, 7.7.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.7.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.

Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> + NEWSLETTER ABONNIEREN



KÖNIG DER KINDER

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Anmerkungen zu einer vergangenen Zeit (Teil 2) von Thomas Willi Völzke

Kennen Sie das Lied »König der Kinder« des Sängers und Schauspielers Klaus Hoffmann? Er sang nicht nur das Lied von einem Leierkastenmann im Berlin der Nachkriegsjahre, er verkörperte ihn auch in seiner unnachahmlichen Weise des Spiels und der Betonung in den Strophen. Ein Auszug daraus:

Eines Tages in meiner Straße, es begann wie jeden Tag. Kinder auf den Stiegen saßen, schauten auf wie jedes Mal, wenn der Alte durch den Regen seinen Leierkasten schob, zu schwach die Füße zu bewegen, seinen Kopf zum Singen hob, dann war er König dieser Kinder. Er war ein Troubadour für sie.

Und auch ich stand oft daneben, brüllte mit vor Leidenschaft. In seiner Stimme war ein Beben, wenn er sang mit letzter Kraft. Oftmals ging ein feines Lächeln um den alten verknitterten Mund. Wenn wir Knirpse ihn umstanden, brüllten mit aus vollstem Schlund.

Später sah ich ihn dann wieder auf dem Hof von nebenan, bettelnd sang er seine Lieder, verbrannt und voller Gram. Und kein Kind stand mehr daneben. Mit offenem Mund voll Seligkeit, in seiner Stimme war kein Beben. Vorbei die ganze Herrlichkeit.

Nur selten sehe ich heute noch einen Leierkastenmann. Wenn, dann bleibe ich stehen, lausche einen Moment. Einen Euro erhält er sowieso. Wenn es noch andere Menschen gibt, die eine Münze für ihn übrighaben, sind es im Regelfall Senioren. Andere Erwachsene und Jugendliche gehen an ihm vorbei. Wenn Kinder heute noch auf Stiegen saßen, wären ihre Blicke eher auf Mobiltelefone gerichtet. Hoffmann beschreibt in seinem Lied nicht, ob der Leierkastenmann im Krieg war oder in seinem Berlin die Zerstörung miterleben musste. Gewiss hat der Alte auch schon die Leiden des Ersten Weltkriegs und die großen Krisen der 20er- und 30er-Jahre erfahren müssen. Ich frage mich, ob diejenigen, die heute in der politischen Verantwortung stehen, die Symbolik dieses Lieds erkennen würden? Könnten sie in der von dem Liedermacher beschriebenen Figur den gebrochenen Mann, der dennoch mit Leidenschaft und seiner verbliebenen Kraft ein wenig Glückseligkeit zu den Menschen bringt, erfassen? Vermutlich nicht, eher würde man an dem Lied bemängeln, dass nicht ordentlich gegendert wird. Das sind offenbar die Probleme, um die man sich heute dringend kümmern muss.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

AUF NACH HAMBACH

Interview mit Michael Ballweg zur demokratischen Großdemonstration auf dem Hambacher Schloss

DW: Am Sonntag, 28. Mai 2023 findet auf dem Hambacher Schloss das Hambacher Fest 2.0 statt. Sie laden mit Ihrer Initiative Querdenken dazu ein. Worum geht es Ihnen?

Michael Ballweg: Uns und mir geht es darum, dass wir in der Demokratiebewegung Einigkeit zeigen. Und dass wir gerade an einem so denkwürdigen Tag eine große Demonstration organisieren.

Die Behörden haben die Demonstration verboten, die Veranstalter um den erfolgreichen Unternehmer Wolfgang Kochanek sagen klar und deutlich: Die Demonstration findet statt. Was ist denn da schon wieder los in Hambach?

Es sind mal wieder fadenscheinige Gründe, mit denen diese Demonstration für Grundrechte verboten wurde, weil man wohl verhindern will, dass zu viele demokratische Menschen auf dem Hambacher Schloss erscheinen und Flagge zeigen. Der Rechtsanwalt Ralf Ludwig kümmerte sich aber darum, dass das zu unseren Gunsten gelöst wurde.

Wie wird es denn am Sonntag dem Plan nach ablaufen?

Die Versammlung beginnt um 10 Uhr auf dem Festplatz in der Wiesenstraße in Neustadt an der Weinstraße mit einer Eröffnungsrede. Ab 11 Uhr wird dann der historische Zug zum Hambacher Schloss stattfinden. Dort wird um 13 Uhr der Demokratiepreis der Unternehmer und Selbstständigen Deutschland verliehen.

Wer wird diesen wohl bekommen, Herr Ballweg?

Ich weiß von nichts, aber man hört natürlich Gerüchte (*lacht*). Bei dieser wichtigen Versammlung werde ich auf jeden Fall da sein und für Grundrechte, Frieden und Freiheit eintreten. Querdenken T-Shirts und Fahnen sind übrigens ausdrücklich erwünscht. Die Stimmung in der Bevölkerung hat sich komplett gedreht, jetzt ist es wichtig, uns, die wir seit 2020 demonstrieren, auch selber öffentlich zu rehabilitieren.

Herr Ballweg, Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp



Das historische Hambacher Fest fand vom 27. Mai bis zum 1. Juni 1832 auf dem Hambacher Schloss statt. Publizisten hatten die deutsche Demokratiebewegung hierzu eingeladen. Die Versammlung wurde zunächst verboten, fand dann aber nach Widerstand der Demokraten dennoch statt. Die Forderungen waren eine Entmachtung der Tyrannen und Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung.



Am 28. Mai 2022 kam die Demokratiebewegung der Gegenwart am Schloss erstmals zusammen. Foto: Marc Bernot



Der Unternehmer Michael Ballweg. Foto: Georgi Belickin.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.



IST RELIGIÖSER GLAUBE BLIND UND FANATISCH?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Daniel von Wachter

Manchmal wird gesagt, religiöser Glaube sei blind und fanatisch. Der Glaube an das gefährliche Coronavirus war tatsächlich so. Der Verstand wurde ausgeschaltet.

Dass die Corona-Geschichte keiner rationalen Prüfung standhielt und man Ungeheimheiten und Lügen sah, wohin man auch blickte, bewegte die Corona-Gläubigen nicht. Selbst als bekannt wurde, dass man jeden Toten, bei dem der Coronatest positiv ausfiel, zu den »Coronatoten« zählte, ließ sie nicht aufmerken.

Denn sie richteten ihre Überzeugungen gar nicht nach den Indizien, sie ließen sich treiben. Deshalb wurden ihre Meinungen geprägt durch das Fernsehen, das Streben nach Ansehen, die Angst vor Ächtung und Krankheit und durch den Glauben an Autorität und Staat. Zu schwer erträglich war für sie der Gedanke, dass der Staat die Menschen so belügt und misshandelt. Deshalb lassen sich unter solchen Umständen viele Menschen durch eine absurde Geschichte besonders wirksam überzeugen.

So ein blinder, durch Propaganda und Agitation erzeugter Glaube, stachelt zu Aggression gegen die Ungläubigen an. Sie stören das eigene Weltbild und den Glauben an den Staat. Von ihnen muss man sich distanzieren, um nicht selbst geächtet zu werden. Schließlich wurden sie zu Sündenböcken.

Selbst vor der absurden Aussage, dass die Ungeimpften an der Pandemie schuld wären, schreckten viele Corona-Gläubige nicht zurück. Und jetzt, wo immer noch klarer wird, dass die Corona-Kritiker recht

hatten, findet bei den meisten immer noch kein Umdenken statt. Der christliche Glaube ist ganz anders, er sollte Christen davon abhalten, sich wie die Corona-Gläubigen zu verhalten. Die christliche Botschaft ruft zur Wahrheitssuche auf. »So ihr mich von ganzem Herzen suchen werdet, so will ich mich von euch finden lassen, spricht der Herr« (Jer 29,13) heißt es da. »Suchet, so werdet ihr finden.« (Mt 7,7) So ist Gott. Er hält sich etwas versteckt, um uns nicht zu überwältigen. Er will sich finden lassen.

Die christliche Botschaft ruft zur Buße. Sie lenkt meinen Blick auf meine eigene Schuld. »Was siehst du einen Splitter in deines Bruders Auge, und des Balkens in deinem Auge wirst du nicht gewahr?« (Mt 7,3). Der christliche Glaube wirkt der Neigung entgegen, die Schuld auf andere zu schieben.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. Mehr Infos: www.von-wachter.de



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #14.

- Tage der Befreiung – wie war's?
- Hamburger Hafen gehört jetzt China – kommt jetzt die Sprengung?
- Flüchtlingskrise – 1 Milliarde versus 100 Milliarden?

A.L.: Man sprach schon von »Chimerica«, weil die USA eine so hohe Auslandsverschuldung in China haben, die nur eine Verschmelzung beider Systeme oder eben eine kriegerische Auseinandersetzung nach sich ziehen kann. Derzeit sieht es eher nach Letzterem aus, und dass man diese Schieflage auf diese Art austragen möchte, und dann wäre das möglich, was Du, Kayvan, beschreibst, dass sich die US-amerikanische Einflussphäre sich mal wieder meldet und klarmacht, dass es Einflussphären gibt – man könnte auch sagen: Besatzungszonen – und sie die auch militärisch durchsetzen, wie bei Nordstream 1 und 2 geschehen, also den zivilen Versorgungsleitungen für Erdgas, die im September 2022 von den USA gesprengt wurden...

K.S.S.: Ja, was den Hamburger Hafen betrifft, der teilweise an einen chinesischen Konzern verkauft wurde: Wenn da eine gemeinsame Firma entsteht, dann hat man ja auch mehr Interessen, dass man in den chinesischen Markt mit einsteigt und umgekehrt. Das geht dann in beide Richtungen. Wenn ich mir vor Augen führe, welche Probleme die Amerikaner mit dem russischen Gas hatten und dem Joint Venture zwischen Russland, Deutschland, den Niederlanden und Frankreich – über die letzten beiden Beteiligten redet ja nie jemand – dann kann ich mir vorstellen, dass die Amerikaner über die Hafenbetriebsgesellschaft HHLA gar nicht erfreut sind.

Man möchte nicht, dass die Deutschen mit den Russen Geschäfte machen und jetzt machen die Deutschen mit den Chinesen Geschäfte. Spätestens, seitdem man Obama gehört hat und dass sie sich als »pazifische Macht« empfinden, und nun versuchen, in Taiwan zu zündeln, zudem die Japaner dazu bringen, aufzurüsten, wundere ich mich darüber. Ich stelle mir ernsthaft die Frage, was passieren wird. Vielleicht kommt es zu einem großen Erdbeben im Hafenbecken, sodass große chinesische Schiffe nicht mehr einlaufen können. Man muss ja heute mit allem rechnen. Und es würde dann wahrscheinlich auch nicht untersucht werden.

Ich würde aber nicht sagen, dass mit der HHLA das Tafelsilber der BRD an China verkauft wird, denn ein Land wie Deutschland exportiert sehr viel. Und da das so ist, ist es dann auch klug, das Land, an das man sehr viel verkauft, China, an Hafenanlagen zu beteiligen und umgekehrt. Man ist dann kein Konkurrent mehr – dafür sind wir eh zu klein –, sondern man versucht, Synergien, Gemeinsamkeiten zu schaffen. Ich finde, das ist dann eine natürliche Entwicklung. Aber ich kann mir vorstellen, dass Washington sagt: »Haben die Deutschen aus der Nordstream-Sprengung nichts gelernt?«

Mehr Bestandsaufnahme via [Apolut.net](#) und [demokratischerwiderstand.de/presseklub](#)

»Ich habe mein Vertrauen in den Staat verloren!«

Der Apotheker Birger Bär kämpft seit Corona im Widerstand | Von Klaus Müller

DW: Herr Bär, bitte stellen Sie sich kurz vor!

Birger Bär: Ich bin 52, studierter Pharmazeut und betreibe in Lörrach im Südwesten Baden-Württembergs drei Apotheken, unter anderem die Hirsch-Apotheke im Stadtzentrum.

DW: Sie sind seit Corona im Widerstand. Wie kam es dazu?

B.B.: Ich verfolgte die Ereignisse im Frühjahr 2020 von Anfang an mit großer Skepsis. Als die Bilder aus Bergamo kamen, dachte ich: Okay, wenn es wirklich so dramatisch ist, müssen die Toten ja bald auf der Straße liegen. Das passierte nicht, dennoch wurden die Maßnahmen zunehmend absurder. In der Apotheke verkauften wir in kürzester Zeit mehrere hundert Liter Desinfektionsmittel. Irre! Und ich hatte in meinen eigenen Läden nichts mehr zu melden, muss te Plexiglasscheiben aufhängen, mich den Zwangsmaßnahmen beugen. Da platzte mir der Kragen.

DW: Was haben Sie unternommen?

B.B.: Ich fing an, mit Plakaten, die ich ins Schaufenster stellte, gegen die Corona-Auflagen zu protestieren. Im Sommer 2020 hielt ich auf einem Balkon am Lörracher Marktplatz mit einem Megafon spontan eine Rede. In der Folge habe ich Demos organisiert, bin im November 2020 auch auf einer Querdenken-Demo aufgetreten, auf der ich das Infektionsschutzgesetz mit dunkelsten Zeiten unserer Geschichte verglich.

DW: Hat man versucht, Sie zu sanktionieren?

B.B.: Die Plakate vor und in meiner Apotheke sind von der Meinungsfreiheit gedeckt. Das musste die Landesapothekerkammer BaWü nach Prüfung der Sachlage resigniert feststellen. Dennoch hat mich der Widerstand Geld und Nerven gekostet. Es ist ein perfides Spiel, das da läuft: Erst wird man wirtschaftlich kaputt-, dann mundtot gemacht und schließlich verfolgt. Während der Lockdowns brachen meine Kundenzahlen zeitweise um 90 Prozent ein.

DW: Haben Sie Kunden verloren, weil Sie aus Ihrer Meinung keinen Hehl machten?

B.B.: Ja, auch. Deutlich schwerer ins



Ist in Lörrach bekannt wie ein bunter Hund: Birger Bär. Im Mai wurde er in einem Strafverfahren wegen des Verdachts auf Ausstellung falscher Impfbefreiungen freigesprochen. Foto: privat

Gewicht fällt für mich aber die systematische Zerstörung der Innenstädte, die durch die vergangenen drei Jahre massiv geschädigt wurden. Natürlich hat sich viel ins Internet verlagert, aber man merkt auch deutlich, dass die Kaufkraft der Menschen gesunken ist. Ich habe 2021 und 2022 pro Jahr jeweils über 100.000 Euro Verlust eingefahren. Das kann ich so nicht ewig durchhalten, irgendwann bin ich pleite.

DW: Wie ist das Feedback von anderen Apothekern?

B.B.: Einige sehen vieles so wie ich. Aber es gibt auch viele systemgefällige Apotheker. Sie zerreißen sich hinter meinem Rücken ihr Maul, trauen sich aber nicht, mir ihre Meinung offen ins Gesicht zu sagen. Da haben sie nicht mal ein Ei in ihrer Hose.

DW: Wie reagierten Ihre Mitarbeiter?

B.B.: Es ging ein Riss durch die Belegschaft. Mitarbeiter haben sich nach und

nach verabschiedet. Die, die geblieben sind, stehen hinter mir. Einige von ihnen haben sich impfen lassen, damit hatte ich kein Problem. Mir als Arzneimittelfachmann konnte man die Impfung, die keine ist, nie plausibel machen. Und heute wissen wir längst: Wir Maßnahmenkritiker haben in allen Punkten recht behalten. Mir wird als Apotheker viel zugetragen: Plötzlich und unerwartet – das ist längst die neue Normalität. Ob es mit den Spritzen zusammenhängt? Der zeitliche Zusammenhang lässt sich nicht leugnen. Aber eine Aufarbeitung von offizieller Seite ist nicht gewollt.

DW: Sie wurden im Mai vor dem AG Lörrach in einem Strafverfahren wegen des Verdachts auf Ausstellung falscher Impfbefreiungen freigesprochen. Wie kam es dazu?

B.B.: Eine Auszubildende von mir wollte ihr Gehalt aufbes-

sern, indem sie Impfbefreiungen ausstellte und verkaufte. Es gab anonyme Anzeigen. Man wollte mir an den Kragen. Die Staatsanwaltschaft nötigte die Auszubildende zu einem schmutzigen Deal, machte sie zu einer Kronzeugin. Aber man konnte mir nichts nachweisen. Für die Staatsanwältin war der Prozess eine einzige Blamage.

DW: Wie geht es für Sie weiter?

B.B.: Ich habe mein Vertrauen in den Staat komplett verloren. Aber ich bin ein positiver denkender Mensch, für mich ist das Glas immer halbvoll. Ich habe durch den Widerstand viele tolle Menschen kennengelernt. Anfangs glaubte ich, ich stehe ganz alleine da und um mich herum gäbe es nur noch Verrückte und Verängstigte. Aber ich merkte schnell: Wir sind sehr viele und werden immer mehr.

DW: Herr Bär, vielen Dank für dieses Gespräch.

Briefe an die Redaktion

STREAMER WEICHREITE
VERDIENTER PREISTRÄGER

Mit großer Freude habe ich gelesen, dass der Preis der Republik an den Bürgerjournalisten Weichreite ging. Ich habe dem Sebastian, den ich in Leipzig schon oft getroffen habe, via Mail gratuliert und ihm meine Freude über diese Form der Anerkennung seiner Tätigkeit mitgeteilt.

Großartig, habt herzlichen Dank für diese schöne Idee und die wohlthuende Würdigung seiner wirklich ausdauernden, sehr flexiblen und dabei immer freundlichen Einsatzbereitschaft.

An dieser Stelle aufs Neue herzlichen Dank an Euch alle für Euren beharrlichen Einsatz – trotz aller Widrigkeiten, die man Euch entgegenstellt. Ich sage nur: Banken-Hopping!

Ihr seid großartig und wie ein Leuchtturm für mich. Danke für Eure Zeitung! Bleibt stark, bleibt standhaft, bleibt menschlich! – Constanze D, Verteilerin seit November 2020

DW EINE WAFFE IM KAMPF
FÜR DIE WAHRHEIT

Danke, dass es Euch gibt! Ich bewundere Euch für das Durchhaltevermögen im Kampf gegen den Blödheitsvirus vieler bzw. der meisten Mitmenschen. Meine Verzweiflung und ein Fünkchen Hoffnung liegen ganz dicht beisammen. Mit dem Demokratischen Widerstand gebt Ihr uns eine unblutige Waffe in die Hand, die Wahrheit aufzuzeigen, damit Demokratie, Menschlichkeit, Recht und Gesetz endlich das Böse besiegen. – Sylvia M., Kühlungsborn

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AUF DEM SCHIRM

✉ RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

📺 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

📷 instagram.com/demokratischerwiderstand

📘 facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

📺 youtube.com: Demokratischer Widerstand

Trügerische Sicherheit

US-amerikanische Staatsanleihen entwickeln sich zunehmend zum Problem für Banken und Schattenbanken

ANALYSE von Rüdiger Rauls

War die Weltfinanzkrise von 2007/8 ausgelöst worden durch hochspekulative Anlagen, so hat die jetzige Krise ihre Ursache gerade im Gegenteil. Die scheinbar grundsoliden amerikanischen Staatsanleihen haben aufgrund der Zinsanhebungen der US-Notenbank bisher etwa 30 Prozent ihres Kurswertes verloren.

Der massive Kursverlust trifft neben den Anlegern besonders solche Banken, die große Teile ihres Eigenkapitals in diesen Titeln angelegt haben. Damit sollte ihr Geld nicht nur Zinserträge bringen, sondern auch jederzeit schnell verfügbar sein.

Die Anlage in Staatsanleihen hatte aber auch noch einen anderen Hintergrund: Sie müssen nicht durch Hinterlegung mit Eigenkapital gegen Zahlungsausfall abgesichert werden wie andere Wertpapiere oder Anlagen. Denn die Wirtschaftswissenschaft geht davon aus, dass Staaten nicht zahlungsunfähig werden können, weshalb Staatsanleihen also keiner gesonderten Absicherung bedürfen. In ihrer Weltentricktheit scheinen ihr aber die Staatsbankrotte von Argentinien bis Zimbabwe bisher entgangen zu sein und auch, dass die USA als größte Schuldner der Welt aktuell und zum wiederholten Male am Rande der Zahlungsunfähigkeit torkeln.

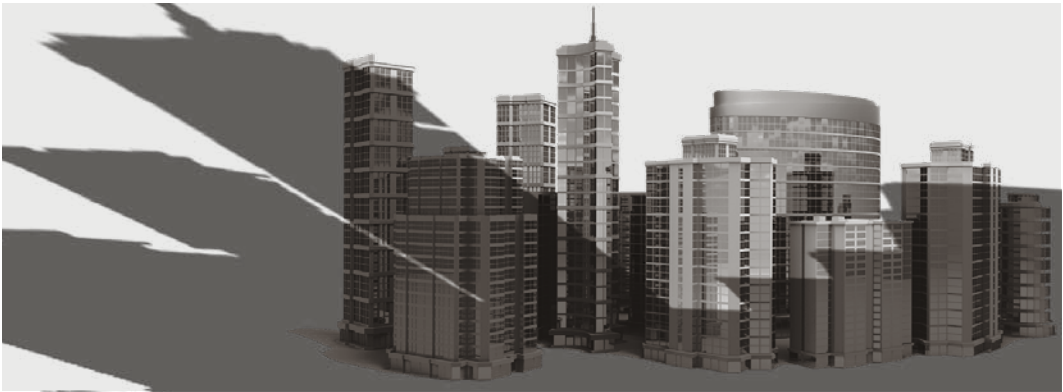
Jedenfalls stehen viele Bürger und Staaten dem Welt-Finanzsystem seit der Pleite von *Lehman-Brothers* kritischer gegenüber. Das blinde Vertrauen, das seine Institutionen bis 2007 genossen, ist einem weit verbreiteten Misstrauen gewichen. Hinzu kommt, dass den Bürgern heute ganz andere Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sich dem Griff der Geldhäuser zu entziehen.

DER DIGITALE BÜRGER

Die Digitalisierung des Lebens hat nicht vor den Banken und Konten Halt gemacht. Die Banken haben die Chancen der Digitalisierung für sich zu nutzen gewusst. Immer mehr Bankaufgaben wurden an die Kontoinhaber übertragen, die selbst die Verwaltung ihres Kontos übernahmen. Die Banken stellten mit ihrer *Software* nur noch den Rahmen für die Bankgeschäfte. Das eröffnete ihnen gewaltige Einsparmöglichkeiten. Filialen konnten geschlossen, Mitarbeiter zu Tausenden entlassen beziehungsweise frei gewordene Arbeitsplätze mussten nicht mehr besetzt werden.

Mit dieser Übergabe der Kontoverwaltung an den Kontoinhaber haben aber die Banken auch die Kontrolle über die Konten abgegeben. Das rächt sich nun in der aktuellen Bankenkrise. Denn mit wenigen Maus-Klicks kann heute der Kontoinhaber sein Guthaben von einer Bank auf eine andere übertragen, ohne dass die Bank darauf Einfluss nehmen kann. Hatte man 2007/8 noch die Möglichkeit gehabt, Bankschalter zu schließen, um dem Ansturm der Kundschaft Herr zu werden, so hätte das heute keine Wirkung mehr.

Damals genügte das Wort der Kanzlerin, damit die Kunden zuhause blieben. Heute



Banken im untergehenden Licht der Neoliberalen Epoche. Foto: Gemeinfrei

müssen sie gar nicht mehr zur Bank, sie stürmen die Banken von zuhause aus. Diese Veränderung bekamen die amerikanischen Banken in den letzten Wochen deutlich zu spüren.

Kaum waren Zweifel an der Solidität der *Silicon Valley Bank* aufgekommen, zogen die Kunden Milliardenbeträge innerhalb von Sekunden ab und übertrugen sie auf die großen Geldhäuser, die man aufgrund ihrer Größe für sicherer hielt.

KAPITALISTISCHE KURPFUSCHER

Bei der *Silicon Valley Bank* hatten Anleger bei den ersten Anzeichen der Schwäche »in nur fünf Stunden 42 Milliarden Dollar an Einlagen abgezogen«, wie die *FAZ* am 3. Mai 2023 berichtete. Erstmals schienen nun auch die Lenker der Finanzmärkte die Gefahren zu erkennen, die auf sie zukommen könnten. Der Chefaufseher der Europäischen Zentralbank (EZB), Andrea Enria, sprach laut *FAZ* vom 3. Mai 2023 »von der dunklen Seite der Digitalisierung. Diese ermögliche den Kunden einer Bank sehr schnelle Fluchtmöglichkeiten. ... Eine solche Geschwindigkeit des Einlagenabzugs habe es zuvor nicht gegeben«. Was als willkommene Gelegenheit der Kostenersparnis begann, droht sich nun als Katastrophe für das Bankwesen zu entpuppen: die digitale Selbstverwaltung des Kontoinhabers.

Was als schlummernde Gefahr bisher nicht erkannt worden war, nun aber dramatisch offensichtlich wurde, geschah nicht ohne Grund. Der Hintergrund der Entwicklung um die mittelgroßen amerikanischen Banken liegt in den Zinserhöhungen der letzten Monate. Sie sollen die Inflation bekämpfen, die besonders über die Staaten des Westens in unbekannter Schärfe hereingebrochen war. Was im strengen Sinne nichts weiter ist als Preissteigerungen, soll nun mit der Allzweckwaffe Zinspolitik bekämpft werden. Das ist vergleichbar mit dem Arzt, der Patienten Antibiotika verabreicht, wenn der Erreger der Infektion nicht klar ist.

Diese Arzneimittel wie auch die Geldpolitik können anschlagen, können aber auch die Abwehrkräfte zusätzlich schwächen. Im Falle der US-Banken schlägt die Politik der Zinserhöhungen ins Gegenteil um. Neue Anleihen werden auf dem Markt mit einem höheren Zinssatz angeboten. Der Zinssatz der alten bleibt unberührt, denn er ist festgeschrieben für die Laufzeit der Anleihe. Dennoch steigt deren Rendite, denn die Kurse der Altanleihen fallen, wie ich bereits in meinem Text Inflation und Hochwasser darlegte. Das bedeutet, dass die Altanleihen, die viele Banken in ihren Bilanzen als

Eigenkapital halten, an Wert verlieren und damit das Eigenkapital.

Im Falle der *Silicon Valley Bank* hat das die *Rating-Agentur Moodys* auf den Plan gerufen, die glaubte, das *Rating* der Bank neu bewerten zu müssen. Mit solchen Auswirkungen ihrer Maßnahmen hatten die Notenbanken offenbar nicht gerechnet. Jedenfalls wirkte die FED sehr überrascht. In Windeseile stellte sie Finanzspritzen zur Verfügung und änderte ihre Pläne bezüglich der Zinserhöhungen. Das ist nicht das erste Mal, dass die Führungskräfte der westlichen Finanzwelt an ihren Handlungen deutlich machen, dass sie den Kapitalismus nicht verstehen.

Das war schon der Fall vor der Krise von 2007/8, als die Rating-Agenturen eine Zusammensetzung der ABS-Zertifikate vorschlugen, die nach ihrer Meinung ausfallsicher sei. Wenige Monate später führten gerade diese Zertifikate fast zum Zusammenbruch des westlichen Finanzkapitalismus. Es ist schwer zu glauben, aber die Repräsentanten des Kapitalismus wissen nicht, wie er funktioniert. Andererseits ist es gerade kein Wunder, wenn man die wirren Theorien der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften inhaliert, Marx jedoch als überholt oder widerlegt zur Seite schiebt.

BITTERE MEDIZIN

Die Zinserhöhungen vergrößern die Probleme; trotzdem hält man daran fest, wie die neuerlichen Aufschläge der FED und EZB zeigen. Die Inflation sinkt kaum, dafür aber die Wirtschaftstätigkeit. Was ansteigt, sind die Schulden und die Verunsicherung der Anleger. Diese fliehen zu den großen Bankhäusern, die sie für sicher halten. Nur stellt sich die Frage, wer denn die neue, um die *Credit Suisse* erweiterte *Union Bank of Switzerland* (UBS) noch retten soll, wenn ihr unter den steigenden Zinsen beziehungsweise fallenden Anleihekursen das Eigenkapital dahinschmilzt.

Die *Silicon Valley Bank* hatte, um nach dem Abzug der Kundeneinlagen wieder flüssig zu werden, US-Staatsanleihen verkauft und dabei Verluste realisiert, die ihre Eigenkapitalbasis zerrütteten. Ähnlich war es bei den anderen US-Banken, die unter den Zinsanhebungen ins Straucheln kamen. Dieser Prozess ist nicht auf die USA begrenzt. »Auch die *Sparkassen-Gruppe* musste deshalb im vergangenen Jahr Wertberichtigungen von 7,8 Milliarden Euro verkraften«, wie die *FAZ* am 3. Mai feststellte. Wenn auch das Risiko von Verlusten, die noch in den Büchern schlummern,

nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) in den USA höher ist als in Europa, so muss auch gesehen werden, dass diese Entwicklung noch nicht am Ende angekommen ist. Überraschungen sind immer möglich, mit denen bisher niemand gerechnet hat. Denn bisher sind die Verwerfungen nur an der Oberfläche, also bei den Banken, aufgebrochen.

UNTERM RADAR

Noch gar nicht erkennbar sind die Auswirkungen der Zinserhöhungen im Bereich der Immobilienfinanzierer, wenn besonders bei den Gewerbeimmobilien Anschlussfinanzierungen zusammengestellt werden müssen. Auch hier stehen die Regionalbanken wieder in vorderster Front, weil sie in der Regel zuerst als Ansprechpartner bei der Immobilienfinanzierung infrage kommen. Die mittleren Institute sind besonders gefährdet aufgrund der im Vergleich zu den Großbanken geringeren Kapitalausstattung.

Die Kunden stehen vor dem Problem, dass einerseits die Zinsen für die Anschlussfinanzierungen erheblich gestiegen sind, andererseits aber der Wert der Immobilie aufgrund der nachlassenden Nachfrage gefallen ist, also weniger Sicherheit für einen neuen Kredit darstellt. Diese Schere zu schließen, dürfte vielen Kunden, aber auch den Banken nicht leicht fallen. Denn diese veränderten Bedingungen beeinträchtigen die Banken in ihren Möglichkeiten der Kreditvergabe. Es steht also zu befürchten, dass so manche Immobilienentwickler und -gesellschaften den Gang zum Insolvenzverwalter werden antreten müssen und die Banken auf uneinbringbaren Forderungen sitzen bleiben.

Die größten Gefahren lauern jedoch in den sogenannten Schattenbanken. Zu ihnen gehören die Private Equity Fonds, Geldmarkt- und Hedgefonds. Diese werden im Gegensatz zu den Geschäftsbanken von der Bankenaufsicht weit weniger kontrolliert. Das hat dazu geführt, dass die risikoreichen Aktivitäten der Banken gerade an solche Schattenbanken ausgelagert wurden, um sie der Kontrolle der Bankaufsichten zu entziehen. Welche Tretminen hier vergraben sind, offenbaren die letzten Zahlen des Finanzstabilitätsrats aus Basel: »Die gehaltenen Vermögenswerte der Schattenbanken machen inzwischen die Hälfte des weltweiten Volumens aus«, stellte die *FAZ* am 2. Mai 2023 erschreckt fest.

Daran werden die Risiken deutlich, die über dem Weltfinanzsystem hängen, wenn diese Komplexe durch weitere politische Entscheidungen von Notenbanken und Politik erschüttert werden oder gar ins Wanken geraten sollten. Da dürften alle Notenbanken der westlichen Welt nicht genug Mittel aufbringen können, um mit Liquiditätshilfen einen Zusammenbruch aufhalten zu können.

Dieser Text erschien im unabhängigen Online-Magazin manova.news. Wir danken Kollegen und dem Autor für diese Möglichkeit des Abdrucks.

Rüdiger Rauls, geb 1952, ist Reprofotograf und Autor von Büchern zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DAS GELD WANDERT

79 Prozent der 346 Millionen Europäer vertrauen der EZB, der Zentralbank für das europäische Geld. Pandemiefest, super durch die Pandemie gekommen, sagt Christine Lagarde, seit 2019 Chefin der EZB. Eine Juristin an der Spitze der wohl wichtigsten Bank der Eurozone – wem kommt das nicht bekannt vor? Und das mit einem bescheidenen Einkommen von schlappen 75 Millionen Dollar zuletzt.

In den 25 Jahren des Bestehens der EZB waren es durchschnittlich schön gerechnete 2,05 Prozent Inflation in der Eurozone, davon kann aktuell nur noch geträumt werden. Währungsreform nennt man das, was da durchgeführt wurde und zwar nicht zum ersten Mal. Die Massen schauen und stimmen zu. Immer lauter wird verkündet, um was es wirklich geht: digitales Geld. Das Gold der Zukunft ist längst real in unser aller Leben geworden. Manchmal ist es richtig, in die gute alte D-Mark umzurechnen. Es ist zum Heulen, die Massen schauen zu.

Gierflation oder Inflation – am langen Ende meistens eine müßige Diskussion. *Edeka* listet Produkte aus, die Lieferanten bestehen zum Teil zurecht auf ihre Preise, die wirklich Dummen dabei stehen an der Kasse. Schwer zu unterscheiden, was dem Gewinn der Konzerne dient und was der Situation geschuldet ist. Die Bilanzen der Lebensmittelkonzerne geben es nicht her, die der Mineralölkonzerne dagegen schon. Die Massen schauen zu. Ach ja, der Russe ist schuld und natürlich das Klima. Zusammenhalten wie in der Pandemie. Logo. Wie lange wollen wir uns eigentlich noch für dumm verkaufen lassen?

Wie sagte Sahra Wagenknecht so treffend: Das Geld verschwindet nicht, es wechselt nur den Besitzer. Das ist nicht neu, das war schon immer so, aber es wird immer krasser, frecher und auch unverschämter.

Gleichzeitig berichtet die Menschenrechtsorganisation *Walk Free* von immer mehr ausgebeuteten Menschen – zehn Millionen mehr als noch vor fünf Jahren. Ja, niemand will wirklich wissen, wo die Rohstoffe für die Batterie im E-Auto herkommen. Hauptsache Klimaschutz. Hauptsache ahnungslos das Gewissen beruhigt. Die Massen schauen zu, die Massen machen mit.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Es reicht!

Autohändler Bernd Quinque kritisiert Tatenlosigkeit der Deutschen | Von Klaus Müller

Der Unternehmer Bernd Quinque betreibt in Berlin-Pankow ein Autohaus, dessen Fensterschreiben er seit mehr als zwei Jahren für politische Botschaften etwa zu Corona und den Ukraine-Krieg nutzt, um die Menschen aufzurütteln (ausführliches Interview in DW-Ausgabe 132).

Doch in dieser Woche beendete Quinque überraschend seine Aktion mit drei *Slogans*, in denen er einerseits die Steuergeldverschwendung für einen sinnlosen Krieg und andererseits die zunehmende Armut in Deutschland kritisiert. Zudem verweist er darauf, dass nicht die Regierung sein Problem sei, sondern das deutsche Volk, das sich »ohne jegliche Regung seine Errungenschaften« nehmen lasse, was »beschämend und feige ohne Ende« sei. Die Botschaft schließt er ab mit den Worten: »Aus diesem Grund beende ich diese Aktion.« Klingt

ernüchternd, dabei war Quinque im Interview mit dem DW Mitte Mai noch zuversichtlich, dass wir schon bald einen »Kipp-Punkt« erreichen könnten: »Immer mehr Menschen wachen auf und realisieren, was passiert. Mit Demokratie und Freiheit hat das alles schon lange nichts mehr zu tun.«

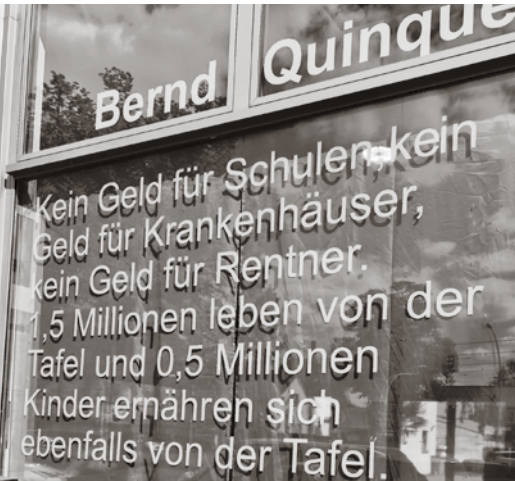
Auf Nachfrage erklärte er nun gegenüber dem DW: »Es ist so krank, was in diesem Land unter dieser Regierung passiert. Aber die meisten Menschen glauben immer noch der *Tagesschau*. Es ist erschreckend, wie einseitig sie denken und nur wenig hinterfragen.«

Mit einem großen Systemcrash rechnet er (vorerst) nicht. »Es passiert einfach nichts. Der Staat wird immer resoluter, weil er merkt, dass er nur auf sehr wenig Gegenwehr stößt.« Die Hoffnung hat der 70-Jährige, der einst in der ehemaligen DDR aufwuchs, aber dennoch nicht aufgegeben. Vor

allem die Entwicklung in Ostdeutschland mache ihm weiter Mut. »Wir waren immer misstrauisch gegenüber der DDR-Regierung, haben alles hinterfragt. Die Ja-Sagerei und das grenzenlose Verständnis gegenüber den Machthabern, das in den alten Bundesländern vorherrscht, gab es bei uns nie.«

Quinque glaubt, dass »alles möglicherweise erst noch viel schlimmer werden« müsse, ehe Besserung in Sicht sei. »Wenn die Menschen aufgrund der Zerstörung der Wirtschaft ihre Jobs verlieren, bedingt durch weitere staatliche Maßnahmen zur Kasse gebeten werden und sich ihr Leben nicht mehr leisten können, besteht die Chance, dass sich mehr Widerstand regt als derzeit.« Er werde nun aber erst einmal pausieren.

Eine spätere Fortsetzung seiner Aktion schließt er nicht aus und verspricht: »Ich bleibe widerspenstig und wachsam.«



Dies waren die letzten drei Botschaften von Bernd Quinque. Er ließ sie nun entfernen und macht erstmal eine Pause. Fotos: privat.



EU GEGEN DEMOKRATEN

Der 2020 hurtig ins Leben gerufene Milliarden-EU-Haushalt zentralisiert die Macht | Von Hendrik Sodenkamp

Im Windschatten der ausgerufenen Coronapandemie brachte die umstrittene EU-Kommissionspräsidentin Ursula von Leyen einen »Corona-Wiederaufbaufonds« zur Welt. Mit diesem nahm die EU entgegen aller Abmachungen und Verträge Schulden auf.

Der sogenannte Corona-Wiederaufbaufonds war von der umstrittenen Politikerin Ursula von der Leyen im Mai 2020 als *Europa der der nächsten Generation* verkauft worden. Die Aussicht auf Milliardensummen verleiteten die Staatshäupter zur Zustimmung. Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht unter dem Vorsitz Stephan Harbarths scheiterten.

Der Fonds umfasst eine Summe von 750 Milliarden Euro, bislang wurden nach Angaben der EU 150 Milliarden Euro ausgezahlt. Was mit diesem Geld passierte, ist laut Angaben des Internetportals *telepolis* jedoch häufig völlig unklar. Demnach kritisiert die EU-Abgeordnete Monika Hohlmeier (CSU) die spanische Regierung, dass »von 41 Milliarden Euro, die dort inzwischen angekommen sind, gerade mal vielleicht irgendwie vier bis fünf Milliarden im Maximum tatsächlich überhaupt bei den Unternehmen und bei den betroffenen Regionen angekommen sind«. Die Kollegen bei *telepolis* spekulieren, dass mit dem Geld auch Projekte



Demokraten in Bochum am 20. Mai 2023. Fotos: privat.

umgesetzt werden könnten, gegen die sich die EU stellt.

Laut regierungsnaher *Tagesschau* besuchte in der vergangenen Woche ein »EU-Haushaltskontrollausschuss« das Land Ungarn, um herauszufinden, wo EU-Gelder nicht ordnungsgemäß verwendet werden und hatte – wie man es von dem Verhältnis EU-Ungarn erwartet – vieles »zu beanstanden«. Erneut droht ein monatelanger Streit, der das Verhältnis von Nationalstaaten zur Konzern-EU definieren wird.

Darauf wie intransparent – oder besser korrupt – die EU-Kommission unter Leyen agiert, verwies zuletzt der EU-Abgeordnete Martin Sonneborn, indem er deren Machenschaften im Zusammenhang mit den Impfstoff-Bestellungen öffentlich machte. Gegen von der Leyen läuft ein Ermittlungsverfahren.

MELDUNG

WEF-RANKING: DEUTSCHLAND EIN FOLGSAMES LAND

Davos/DW. Wie das Nachrichtenportal *report24* berichtet, hat das Weltwirtschaftsforum (WEF) von Klaus Schwab ein *Ranking* veröffentlicht, das zeige, welche Staaten am bravsten und unterwürfigsten den globalistischen Vorgaben zur neuen Weltordnung der Agenda 2030 folgen.

Auf den ersten vier Plätzen liegen die skandinavischen Länder Finnland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Deutschland rangiert hinter Österreich auf einem »guten« sechsten Platz vor Frankreich und der Schweiz.

MIETEN WERDEN DEUTLICH STÄRKER STEIGEN ALS LÖHNE

Berlin/DW. Der Deutsche Mieterbund erwartet in den kommenden Jahren weiter deutlich steigende Mieten und demnach immer mehr finanziell überforderte Haushalte.

Dies berichtet die *Tagesschau*. Die Mieten würden »deutlich stärker als die Löhne steigen«, prognostizierte Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes, gegenüber Zeitungen der *Funke Mediengruppe*. (kmü)

GIFTIGE URANWOLKE ÜBER EUROPA?

In der Westukraine explodierte ein Munitionsdepot
Von Felix Feistel

Bereits im März hatte Großbritannien angekündigt, der Ukraine panzerbrechende Munition aus abgereichertem Uran liefern zu wollen. Dies könnte bereits geschehen sein und schon jetzt gravierende Folgen haben.

Nachdem die russische Armee in der Nacht zum 13. Mai schwere Luftangriffe auf Munitionsdepots in der Westukraine geflogen ist, wurden bei einer Messstation in Lublin (Polen) erhöhte Messwerte von Bizmut und Gammastrahlung festgestellt. Kurz darauf registrierte auch die Messstation in Kielce einen Anstieg der Radioaktivität. Bei Bizmut handelt es sich um ein Zerfallsprodukt von Uran. Das deutet darauf hin, dass Uranstaub von einem der zerstörten Waffenlager in Khmelnyzki nach Lublin geweht wurde. Der Zeitraum zwischen Explosion und den Messungen entspricht genau dem, was nach Windrichtung und Geschwindigkeit zu erwarten gewesen wäre. Das würde bedeuten, dass bei der Explosion des Waffendepots Uranstaub freigesetzt und über Teile der Westukraine und Polens verteilt worden ist.

Uranstaub ist an sich nur schwach radioaktiv, wirkt jedoch als chemisches Gift, wenn es in den Körper gelangt. Umso erstaunlicher ist es, dass in dem betroffenen Gebiet die Gamma-Strahlung einen enormen Anstieg verzeichnete. Das spricht für eine große Menge an Uranmunition, die in den Waffendepots gelagert worden ist. Nikolai Patruschew, Sekretär des russischen Sicherheitsrates, erklärte zudem, dass sich eine radioaktive Wolke auf dem Weg in Richtung Westeuropa befände. Die polnische Regierung dementiert dies und spricht von Gerüchten. Allerdings sind im Internet

Bilder aufgetaucht, die behördliche Informationen der Stadt Khmelnyzki wiedergeben sollen. In diesen werden die Einwohner vor einer radioaktiven Gefahr in ihrer Stadt gewarnt und die Bürger aufgefordert, Fenster und Türen zu schließen und sich für eine eventuelle Evakuierung bereit zu halten. Meldungen zufolge verlassen viele Einwohner die entsprechende Region sogar bereits.

Munition aus abgereichertem Uran wurde schon im Jugoslawien-Krieg von der NATO eingesetzt und kam auch im Irak zum Einsatz. In beiden Ländern sind ganze Landstriche bis heute vergiftet. Aufgrund dessen hatte Russland den Westen vor dem Einsatz der Munition und den langwierigen Folgen für Menschen und Umwelt gewarnt. Großbritannien weist jede Gefahr für die Bevölkerung jedoch zurück. Auch die deutsche Bundesregierung geht davon aus, dass »keine signifikanten Strahlenexpositionen der Bevölkerung zu erwarten« sei. Kurz nach dem Vorfall sind europäische Messstationen, die in Folge der Katastrophe von Tschernobyl eingerichtet worden waren, abgeschaltet worden, sodass keine weiteren Messwerte an die Öffentlichkeit gelangen konnten. Erst einige Tage später sind sie wieder zugänglich gemacht worden, jedoch waren die wenigen auffälligen Messergebnisse durch Mittelwerte ersetzt worden.

Der physikalische Chemiker Dr. Chris Busby, wissenschaftlicher Sekretär des Europäischen Komitees für Strahlenrisiken (ECRR), ehemaliges Mitglied des DUOB (Depleted Uranium Oversight Board) des britischen Verteidigungsministeriums und des CERRIE (Committee Examining Radiation Risk from Internal Emitters) hat die Situation analysiert und erklärt, dass es



Die Explosion des Munitionsdepots am 13. Mai 2023.
Foto: Videostill/Privat

bei der Explosion des Munitionsdepots zu einer Verbrennung des abgereicherten Urans gekommen sei. Die Partikel des Urans sind sehr klein und können sich über weite Strecken mit der Windrichtung fortbewegen. Ihm zufolge treibt derzeit eine Staubwolke aus Uran über Europa und wird voraussichtlich über Polen, Deutschland, Ungarn und dem Baltikum niedergehen.

Polnische und deutsche Behörden setzen derzeit alles daran, die Katastrophe zu herunterzuspielen. Das Bundesamt für Strahlenschutz gab auf Anfrage hin Entwarnung. Die gestiegenen Messwerte in Polen seien auf das Wetter zurückzuführen und in Deutschland keine erhöhten Werte festgestellt worden. Selbst wenn in dem Depot in der Ukraine Uranmunition explodiert sein sollte, sei eine Gesundheitsgefahr für die deutsche Bevölkerung nicht zu erwarten.



Felix Feistel ist studierter
Rechtswissenschaftler mit dem
Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

Bilderberg-Treffen in Lissabon

Die Weltelite spricht sich ab | Von Felix Feistel

Parallel zum G7-Gipfel in Hiroshima fand vom 18. bis zum 21. Mai in Lissabon das diesjährige Treffen der Bilderberg-Gruppe statt. Zwischen 120 und 140 europäische und nordamerikanische Experten aus Industrie, Finanzwesen, Arbeitswelt, Wissenschaft und Medien sowie Politiker reisten auch dieses Jahr zu der geheimnisvollen Konferenz an.

Aus der EU nahmen beispielsweise Wirtschaftskommissar Gentilen und Justizkommissar Reynders teil. Aus Deutschland waren acht Personen angereist, unter ihnen Wolfgang Schmidt, Büroleiter von Kanzler Scholz und »Minister für besondere Angelegenheiten«, Paul Achleitner, bis 2022 Aufsichtsratsvorsitzender der *Deutschen Bank* und seitdem Mitglied des *International Advisory Boards* der britischen Beratungs- und Sicherheitsfirma *Hakluyt & Company*. Auch Martin Brudermüller, CEO von *BASF*, Mathias Döpfner vom *Axel Springer Verlag*, Anton Hofreiter (Grüne) und CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen waren zu

dem Treffen eingeladen. Der niederländische Premierminister Mark Rutte war ebenso anwesend wie *Pfizer*-Chef Albert Bourla.

Die Bilderberg-Gruppe ist eine eher verschwiegene Gemeinschaft, die sich aus den höchsten Kreisen der Politik, Wirtschaft, Geheimdiensten und Medien rekrutiert. Sie geht auf das Jahr 1942 zurück, als der polnische Politikberater Josef Retinger Tagungen mit Mitgliedern der polnischen Exilregierung in London und dem britischen Außenministerium veranstaltete. Ab 1952 begann er verstärkt, inoffizielle und geheime Treffen zwischen europäischen und US-amerikanischen Politikern und Wirtschaftsführern zu organisieren. 1954 fand dann die erste Konferenz im Bilderberg Hotel in den Niederlanden statt, woher auch der Name rührt. Die Treffen sind stets geheim. Offizielle Medien berichten nicht über sie, und was dort besprochen wird, dringt nicht nach außen. Lediglich eine Liste mit Themen wird veröffentlicht. Auf dieser befinden sich in diesem Jahr unter anderem die Punkte: KI, Russland, China, Bankensystem, Energiewende,

Indien, Ukraine, US-Führung, Europa und fiskalische Herausforderungen. Die Bedeutung des Treffens wird an der Teilnehmerliste des letzten Jahres ersichtlich. Damals waren nicht nur hochrangige Regierungsmitglieder verschiedener Länder, unter anderem der USA zugegen, sondern auch hochrangige Geheimdienstmitarbeiter wie CIA-Chef William Burns oder Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Auch Sam Altmann von *OpenAI*, dem Unternehmen hinter *ChatGPT*, war im vergangenen Jahr dabei und auch jetzt 2023, ebenso wie Eric Schmidt von *Google* sowie Milliardär und Investor Peter Thiel.

Offizieller Hintergrund der Treffen ist, den Dialog zwischen europäischen und US-amerikanischen Politikern und Wirtschaftsführern zu fördern. Die diesjährigen Teilnehmer sind allerdings alle Vertreter eines globalistisch-kapitalistischen Weltbildes und der Monopolkonzerne. Aufgrund der Geheimhaltung gibt es immer wieder Spekulationen darüber, dass die Treffen der Bilderberg-Gruppe insgeheim die Weltpolitik bestimmen.

MELDUNG

SCHLACHT VON
BACHMUT BEENDET

Bachmut/DW. Nach 224 Tagen des Stellungs- und Abnutzungskrieges in der Art des Ersten Weltkrieges – mit Schützengräben und Artillerie – soll die entvölkerte Kleinstadt Bachmut am 19. Mai von der Roten Armee eingenommen worden sein. Der Boss des Söldnerheeres »Wagner«, Jewgeni Prigoschin, erklärte die Schlacht um Bachmut für gewonnen. Der seit Februar 2022 offene amerikanisch-russische Krieg soll bislang zu mindestens 240.000 Toten geführt haben. Derweil sind offenbar zwei Freiwilligen-Verbände – russische Soldaten, die für die Ukraine kämpfen – in die russische Region Belgorod nahe der ukrainischen Stadt Charkiw eingedrungen, um die Region von der Herrschaft des russischen Präsidenten Putin zu befreien. Die Legion »Freiheit Russlands« veröffentlichte am 22. Mai entsprechende Videos. (ale/kmü)

G7: NEUE SANKTIONEN
GEGEN RUSSLAND

Hiroshima/DW. Auf dem Treffen der G7-Staaten in Japan wurden neue Sanktionen gegenüber Russland beschlossen. Dies teilte *Al-Jazeera* mit. Zweck ist es, die »russische Kriegsmaschinerie« auszutrocknen. Die Maßnahmen beinhalten den Export von Waren, die für Russland auf dem Schlachtfeld von Bedeutung sind, zielen aber auch auf Unternehmen ab, die beschuldigt werden, Material an die russische Front zu transportieren. (ff)

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

+++ Aufgrund des drohenden Zahlungsausfalls der USA musste Präsident Joe Biden laut *RT* früher vom G7-Gipfel zurückkehren. Demnach war ursprünglich eine Reise sowohl nach Australien, als auch nach Papua Neuguinea geplant, die er jedoch absagen musste. +++ Die ehemalige britische Premierministerin Liz Truss warnte den Westen vor einer wirtschaftlichen und politischen Bedrohung durch China. Dies brachte ihr auch im eigenen Land Kritik ein. +++ In Griechenland hat die konservative Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) von Ministerpräsident Mitsotakis die Parlamentswahl klar gewonnen. Da eine Regierungsbildung dennoch schwierig sei, sind baldige Neuwahlen wahrscheinlich. +++ In Serbien protestieren weiterhin mehrere Zehntausende gegen das Regime. +++ Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen (Grüne) erlitt mit seinem Vorschlag, Österreicher in der Ukraine nach Minen suchen zu lassen, ein politisches Waterloo. Zudem verlor er vor Gericht gegen *Report24*-Chefredakteur Florian Machl, der vom Vorwurf der üblen Nachrede gegen den Präsidenten freigesprochen wurde. Van der Bellen hatte den Strafverfolgungsbehörden die Ermächtigung gegeben, gegen Machl zu ermitteln. Dieser hatte daraufhingewiesen, dass der Präsident durch sein Verhalten in Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen die Verfassung mit Füßen getreten und die Spaltung der Gesellschaft zugelassen habe. +++ (ff/kmü)

Sehr geehrter Herr Schwab, am 23. Mai 2023 vertraten Sie den bekannten Epidemiologen und Arzt Sucharit Bhakdi vor dem Gericht in Plön. Worum ging es in dem Verfahren?

Martin Schwab: Sucharit Bhakdi war angeklagt wegen angeblicher Volksverhetzung. Er sollte in einem Video, das er auf dem Kanal von Kai Stuhth gegeben hat, die Juden nach Paragraph 130 Absatz 1 Nummer 2 des Strafgesetzbuches verächtlich gemacht und in einer Wahlkampfrede auf dem Kieler Marktplatz den Holocaust nach Paragraph 130 Absatz 3 verharmlost haben.

DW: Vor dem Gerichtsgebäude kamen einige hundert Unterstützer Bhakdis zusammen. In Konzernmedien wurde unterstellt, der aus Thailand stammende Wissenschaftler wäre als »Guru« aufgetreten und dementsprechend »verehrt« worden. Ist an diesen stereotypen rassistischen Vorwürfen irgendetwas wahr?

M.S.: Das ist wirklich lächerlich. In Thailand bekommt man ständig zur Begrüßung solche Gebetsgesten. Das ist der verzweifelte Versuch der Konzernmedien, den Kronzeugen jener Anklage zu beschädigen, die eines Tages gegen sie selbst gerichtet sein wird. Denn man muss ja eines sehen: Wenn man sich die Zahlen anguckt und die Risikosignale, dann ist doch klar, dass diese Corona-Impf-Kampagne massive Schäden angerichtet hat. Die Frage nach der rechtlichen Verantwortlichkeit wird gestellt werden. Und dabei wird es eine Rolle spielen, dass ein Fachmann wie Sucharit Bhakdi von vornherein vor den Spritzen gewarnt hat.

Deswegen stellen sie das ganze dar, als seien jene, die mit Sucharit Bhakdi sympathisieren, eine Handvoll von Spinnern und eine Sekte. Aber sie reiten hier ein totes Pferd, weil sie kein Ausstiegsszenario haben. Die haben sich in das Narrativ verbissen, obwohl es immer weiter zusammenkracht.

DW: Wie lief der Prozess ab, welche Beweise wurden vorgelegt und welche Zeugen traten auf?

M.S.: Kern der Beweisaufnahme war, dass wir die beiden Videos – das von Kai Stuhth und das von der Kieler Rede – in voller Länge betrachtet haben. Daneben wurde der Polizeibeamte als Zeuge vernommen, der auf der Veranstaltung am 24. September 2021 in Kiel, in deren Rahmen Sucharit Bhakdi seine Rede gehalten hatte, den Polizeieinsatz geleitet hatte. Er bestätigte, dass – auch im Nachgang zu Sucharits Rede – alles friedlich verlief.

DW: Zu Beginn des Verfahrens plädierten Sie und das Anwaltsteam darauf, dass der Richter befangen sei. Wie kamen Sie zu diesem Schluss?

M.S.: Zum Zeitpunkt der Anklageerhebung waren weder das Video auf dem Kanal von Kai Stuhth noch das Video von der Rede auf dem Kieler Marktplatz bei den Akten. Und es stellte sich heraus, dass weder der vorsitzende Richter vor der Zulassung noch die Staatsanwältin vor der Erhebung der Anklage die Videos in voller Länge angeschaut hatten. Anklage und Eröffnungsbeschluss beruhten also auf einem unvollständig ermittelten Sachverhalt. Wir hatten die große Sorge, dass die Verurteilung von Sucharit Bhakdi schon beschlossene Sache sei.

DW: Später zogen Sie diesen Antrag zurück. Was brachte Sie zur Änderung Ihrer Meinung?

M.S.: Wir erlebten in Plön einen Richter, der das Verfahren fair und ergebnisoffen führte und frühzeitig während der Verhandlung deutlich machte, dass es für die Äußerungen, derentwegen Sucharit Bhakdi angeklagt war, auch Interpretationsmöglichkeiten gibt, die sich nicht als Volksverhetzung deuten lassen. Und das schließt dann eben nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Strafbarkeit wegen Volksverhetzung aus. Dem Richter ist es also gelungen, unsere Sorgen zu zerstreuen.

DW: Wie argumentierte die Staatsanwältin in Ihrem Abschlussplädoyer?

M.S.: Genauso absurd wie in ihrer Anklageschrift. Ganz besonders schlimm war ihr krampfhafter Versuch, einen Zusammenhang zwischen der Entscheidung, sich nicht gegen Sars-Cov-2 impfen zu lassen, und antisemitischer Hetze herzustellen. Sie meinte, Sucharits Äußerungen im Video auf dem Kanal von Kai Stuhth seien geeignet, gerade in der Gruppe der Impfgegner aggressive Emotionalisierungen hervorzurufen, und damit den Boden für Übergriffe gegen jüdische Mitbürger zu bereiten. So einen Schwachsinn muss man sich erstmal ausdenken. Und einerseits sagte sie zu Beginn ihres Plädoyers, es gehe heute nicht um die Sinnhaftigkeit der Covid-Impfungen. Später aber warf sie jenen, die sich gegen die Injektion entschieden, vor, gegen alle wissenschaftliche Evidenz zu handeln. Das ist Selbst-Widerspruch auf Lauterbach-Niveau.

DW: Was war Ihnen und Ihren Anwaltskollegen in Ihren Schlussplädoyers wichtig? Welche Argumente konnten Sie vorbringen, die schlussendlich den Richter zum Freispruch bewegten?

M.S.: Ich bin mir gar nicht sicher, ob

Freispruch

DW-Interview zum Bhakdi-Prozess mit dessen Anwalt Professor Martin Schwab. | Von Hendrik Sodenkamp



Sucharit Bhakdi und seine Anwälte
Sven Lausen und Martin Schwab
im Gerichtssaal in Plön
Foto: Telegram

unsere Plädoyers noch großen Einfluss auf das Ergebnis des Prozesses hatten: Der Richter hatte ja schon vorher ein Störgefühl, und die Staatsanwältin hat dieses Störgefühl nicht beseitigen können. Wir haben jedenfalls in unseren Plädoyers darauf aufmerksam gemacht, dass in beiden Äußerungen von Sucharit Bhakdi kein einziges Tatbestandsmerkmal des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches erfüllt ist.

DW: Schießen Sie los ...

M.S.: Nehmen wir zunächst das Interview auf dem Kanal von Kai Stuhth. Sucharit Bhakdi hat darin nicht die Juden beschimpft oder verächtlich gemacht. Er hat vielmehr ganz im Gegenteil seine Sorge um die Menschen in Israel zum Ausdruck gebracht. Denn nachweislich gab es einen Deal zwischen der israelischen Regierung und dem Pharmakonzern Pfizer: Israel wird zuerst mit dem Pfizer/BioNTech-Stoff beliefert und übermittelt im Gegenzug die Daten zur Sicherheit und Wirksamkeit, die aus den Erfahrungen der israelischen Bevölkerung mit diesem Stoff gewonnen werden. Es geht also um jene klinischen Daten, die ein Hersteller eigentlich schon mithilfe der Zulassungsstudien bereitstellen soll, bevor der Stoff überhaupt auf die Bevölkerung losgelassen wird. Sucharit Bhakdi hatte mit anderen Worten die Sorge, dass über den Menschen in Israel ein todbringendes Impfungsexperiment ausgerollt wird. Nicht Hass und Abneigung, sondern solidarische Fürsorge waren die Triebfeder von Sucharit Bhakdis Äußerungen. Aus dem gleichen Grund hat er auch nicht die Menschenwürde der Juden angegriffen.

Ich habe der Staatsanwältin empfohlen, sich die Seite #ichhabemitgemacht anzusehen. Dort, so fuhr ich fort, werde sie eine reiche Fülle an Äußerungen finden, die Menschen ohne Coronaimpfung verächtlich machen, ihnen das Lebensrecht in der staatlichen Gemeinschaft absprechen und die geeignet sind, zur Gewalt gegen eben diese Personengruppe anzustacheln.

DW: Und zu der Wahlkampfrede von Sucharit Bhakdi auf dem Kieler Marktplatz?

M.S.: Die Äußerungen, die ihm als angeblich eigene in den Mund gelegt worden waren, nämlich dass in Gestalt der Impfkampagne ein Desaster droht, das schlimmer sei als der Holocaust, waren nicht seine Worte. Das war ein Zitat aus einem offenen Brief, den eine Vereinigung von Holocaust-Überlebenden an die EMA in Amsterdam geschrieben hatte. Sucharit Bhakdi hatte dieses Zitat auch als solches kenntlich gemacht.

Wenn hier jemand das NS-Unrecht verharmlost, dann sind das die Scharfmacher in den Konzernmedien, denen seit drei Jahren nichts Besseres einfällt, als Menschen als Neonazis zu diffamieren, die sich gegen die ebenso übergriffigen wie evidenzfreien Coronamaßnahmen wehren und sich dagegen auflehnen, gegen ihren Willen mit Impfstoffen gespritzt zu werden, die weder ordnungsgemäß getestet wurden noch ordnungsgemäß überwacht werden und die weder wirksam noch sicher sind. Damit nämlich banalisieren diese Scharfmacher das Treiben jener, die wirklich mit einer ausländerfeindlichen oder rassistischen Agenda unterwegs sind. Sie machen es Außenstehenden schwer bis unmöglich, die wirklichen Neonazis von den bloßen Framing-Opfern zu unterscheiden, und beschwören damit die Gefahr herauf, dass Rechtsextreme die Chance wittern, in der Mitte der Gesellschaft wieder salonfähig zu werden. Ich habe in meinem Plädoyer der Staatsanwältin gegenüber erklärt, dass ich mich jetzt schon auf ihre



Der Filmemacher Kai Stuhth (li.) und der Epidemiologe Sucharit Bhakdi (re.) im Interview für den Film »Können 100 Ärzte lügen«, welches zum Anlass genommen wurde, um gerichtlich gegen Bhakdi vorzugehen. Foto: Videostil, kai-stuht.com

für Bhakdi

walt, dem DW-Autor



anwälte Tobias Weissenborn,
rtin Schwab (v.l.n.r.)
nach ihrem Sieg.
n, Tom Lausen

Einleitungsverfügung für ein Ermittlungsverfahren gegen die Journalisten der Konzernmedien freue, die dieses Nazi-Framing betrieben haben und immer noch betreiben.

DW: Ob dieses verstrickte Staatsanwaltschaft-Personal das jemals tun wird, kann bezweifelt werden.

M.S.: Beide Äußerungen von Sucharit Bhakdi, die Gegenstand der Anklage waren, waren nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Mein sehr geschätzter anwaltlicher Kollege Sven Lausen hat mit Recht hervorgehoben, dass die beiden Äußerungen mittlerweile fast zwei Jahre zurückliegen und man angesichts dessen wenigstens einen Beweistritt der Staatsanwaltschaft hätte erwarten dürfen, dass seither antisemitische Straftaten signifikant zugenommen haben. Und wenn man sich beide Videos in voller Länge anschaute, hörte man in Sucharit Bhakdi einen Mann reden, der die Sprache des Friedens und der Versöhnung spricht. In Kiel sagte er, redet mit den Politikern, das sind nicht alles schlechte Menschen. Im Kai-Stuht-Video hat er angemahnt, dass wir als Gesellschaft wieder zusammenkommen müssen. Die Hölle auf Erden, so stellte er in diesem Interview am Ende klar, ist der allgegenwärtig zu beobachtende Verlust an Menschlichkeit. Er hat zu einer diskursiven Gesprächskultur aufgefordert. Das ist das Gegenteil von Volksverhetzung. Das ist vielmehr das Gegengift gegen die Hetze gegen Andersdenkende in den Medien.

DW: Wie begründete der Richter dann den Freispruch?

M.S.: Nach der Rechtsprechung des

Bundesverfassungsgerichts darf jemand für eine Äußerung nur dann wegen Volksverhetzung bestraft werden, wenn ausgeschlossen werden kann, dass diese Äußerung in einem Sinne verstanden werden kann, in dem sie rechtlich zulässig wäre. Und genau diesen Maßstab hat der Richter bei der Bewertung der beiden angeklagten Fälle zugrunde gelegt. Er ist beim Kai-Stuht-Video der Ansicht, dass es auch als Kritik an der israelischen Impfpolitik verstanden werden könne. Bei der Kieler Rede meint er, es sei zwar tatsächlich unerträglich, die Impfkampagne mit dem Holocaust zu vergleichen, aber die Schwelle strafwürdigen Unrechts sei nicht überschritten, zumal es sich um eine Rede im Wahlkampf gehandelt habe.

DW: Viele, weniger prominente Demokraten wurden in den vergangenen Wochen und Monaten wegen vermeintlicher Volksverhetzung oder wegen »Verharmlosung des Holocaust« verurteilt, weil sie in ihrer Ablehnung der Corona-Spritzen den industriellen Massenmord der Nazis als Vergleich heranzogen. Kann das gestrige Urteil diesen Demokraten – und Demokraten, die noch auf ihr Verfahren warten – helfen?

M.S.: Ich meine: Ja. Ich sehe insbesondere gute Chancen für jene, welche die politische und mediale Hetze gegen Menschen ohne Impfung mit der Hass- und Ausgrenzungsrhetorik in den ersten Jahren des Dritten Reichs verglichen haben. Denn im Dritten Reich ging es ja nicht mit Konzentrations- und Massenvernichtungslagern los, sondern mit einer eben solchen Feindbild-Rhetorik. Wer hier einen historischen Vergleich zieht, wird mit Erfolg einwenden können, er habe nicht das NS-Unrecht verharmlosen, sondern auf überspitzte Weise seine Sorge zum Ausdruck bringen wollen, dass die Hetze irgendwann in Gewalt umschlage und dass die Geschichte sich in Deutschland zwar aktuell nicht wiederhole, wohl aber reime. Diese Deutung wird sich in einem gerichtlichen Verfahren nicht ausschließen lassen.

Schwieriger könnte es in den Fällen liegen, in denen KZ-Karikaturen mit der Aufschrift »Impfen macht frei« gezeigt wurden. Aufgabe der Verteidigung wird es in solchen Fällen sein, darzulegen, dass der jeweilige Angeklagte nicht etwa die heutige Situation in Deutschland mit den damaligen Konzentrations- und Massenvernichtungslagern vergleichen wollte – die sich ja auch tatsächlich nicht in dieser Weise vergleichen lässt, ...

DW: Nun ja.

M.S.: ... sondern in überspitzter Form auf die Widersprüchlichkeit in der Rhetorik jener Politiker aufmerksam machen wollte, die die Rückgewinnung der Freiheit durch die Covid-Impfungen verkündeten und dabei Impfung und Freiheit in einen scheinbar untrennbaren Zusammenhang miteinander brachten. Widersprüchlich deshalb, weil Freiheit, die von einer Impfung abhängt, eben keine Freiheit ist.

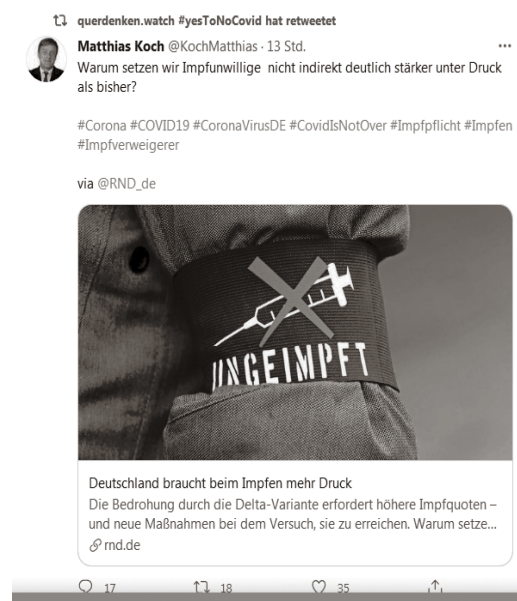
Wenn ich einen Fall mit einer »Ungeimpft«-Armbinde verteidigen würde, würde ich dem Gericht einen *Tweet* des RND-Journalisten Matthias Koch vorhalten, den ich am 14. Juli 2021 um 23:17 Uhr auf dem *Thread* von Querdenkenwatch abgerufen und gespeichert habe. Das Bild sende ich Ihnen im Anschluss zu. (siehe unten) Wenn regierungshörige Journalisten selbst ein solches Symbol der Stigmatisierung einfordern, kann man es nicht als Volksverhetzung bestrafen, wenn Betroffene die Sorge vor einer solchen Stigmatisierung mit einem ebensolchen Symbol zum Ausdruck bringen.

DW: Der Prozess gegen Sucharit Bhakdi ist der Auftakt einer regelrechten Prozesswelle gegen wichtige Köpfe der Demokratiebewegung. Wie werten Sie als demokratischer Anwalt das Urteil des gestrigen Tages in dieser Hinsicht? Leben wir bereits wieder in einem ganz normalen Rechtsstaat?

M.S.: Das wird noch eine Weile dauern. Wir müssen die Gerichte zunächst dazu bringen, dass sie endlich bereit sind, Aussagen des RKI und des PEI inhaltlich zu überprüfen und entsprechenden Beweisanträgen nachzugehen. Dagegen sträuben sich die Gerichte bis heute. Obwohl eigentlich genau das ihre Aufgabe wäre. Gerichte sind dazu da, die Exekutive zu kontrollieren. RKI und PEI sind Behörden, die den Weisungen des Bundesgesundheitsministeriums unterliegen. Deshalb dürfen ihre Aussagen von den Gerichten nicht einfach ungeprüft übernommen werden.

DW: Herr Prof. Schwab, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.



Aufruf des Konzern-Journalisten Matthias Koch auf der Plattform Twitter. Bild: Bildschirmfoto, Martin Schwab



Das Letzte – von Anselm Lenz

Liebe Leserinnen (m/w)!

Wer hätte gedacht, dass das Herausgeben einer Zeitung in Deutschland noch einmal wieder lebensgefährlich sein könnte? Und dann auch noch, wenn sie mit über 30 Millionen Exemplaren in drei Jahren der erfolgreichste Verbreiter des Grundgesetzes in der Geschichte der BRD ist (Seite 16).

Diese unsere BRD hatte bis zum Frühjahr 2020 immerhin ausgezeichnet, dass unter anderem dies nicht der Fall war: Dass die Blattmacher an Leib und Leben bedroht werden. Nein, Freiheit wird man keinem hier nachsagen. Bei der Spiegel-Affäre 1962 und dem Göttinger Mescalero 1977 ging es lachhaft zärtlich zu im Vergleich zu dem, was oppositionellen Journalisten, Ärzten, Anwälten seit 2020 reihenweise widerfährt. Uns! – Und trotzdem und alledem: Schlechte Laune? Ganz Altberlinerisch »hamwa nich', könnwa nich, wollnwa nich'!« Wobei...



Die Causa Markus Haintz, genannt »der Maggus«, der Fake-Anwalt mit dem altbekannten V-Code: Entschlossener Widerstand sei »nicht anschlussfähig«, deshalb dürfe man auf Demos kein scharfes Wort sagen, kein »Nein«, lieber ein »Jein«, man müsse die Masken tragen, gegen die demonstriert wird, andernfalls werde man in den Konzern- und Staatsmedien schlecht dargestellt. Zum Beispiel vom RBB-Hängebauschwein Olaf »20.000« Sundermayer.

Der Problemjurist Haintz denunzierte den großen Demokraten Michael Ballweg als Monarchisten, der der nichtmal ist (und selbst wenn, es gäbe derzeit weitaus Schlimmeres, zum Beispiel ein Regime, das die Menschen totspritzt); als das nicht reichte, gründete Haintz eine »Koalition Querdenken zerstören«; Haintz hetzte dem Sänger SchwrzVlyce die Staatsanwaltschaft auf den Hals; Haintz sät Zwietracht wo er nur kann.

Der vormals arbeitslose Baurechtler Haintz sammelte bereits 2020 nach eigenen Angaben und als selbsternannter »Anwalt der Demokratiebewegung« rund 400.000 Euro über Telegram, setzte die aber nie für Demokraten vor Gericht ein, wie er versprochen hatte. Im Gegenteil schickte Haintz der schwangeren Freiheitsaktivistin Eva Rosen auf deren Flucht vor dem Regime noch seine Rechnung hinterher; ebenso erhielt Tage nach dem Tod des allerseits bewunderten Polizisten für Aufklärung, Karl Hilz, die Witwe die irrwitzig überhöhte Rechnung Haintzens; Haintz ließ als Kandidat die neue Partei Die Basis kurz vor der Bundestagswahl öffentlich fallen; und Haintz will nun diese Wochenzeitung mit Klagen überziehen, um sie zu zerstören. In wessen Interesse könnte das wohl sein?

Bild' Dir Deine Meinung! Die neue Friedens- und Demokratiebewegung hat aus diesem für weiteren Fällen, die nach und nach ebenso wasserdicht aufgedeckt werden, eine neue Aktionsfront ausgerufen: »Gemeinsam gegen Spalter!« (#GGG). Diese begleitet den Sommer der Aufklärung 2023 (#SomDauf) und die kommende Berliner Großdemo am 5. August.

Attacke! Herzlich demokratisch grüßt,
Anselm Lenz
Journalist, Verleger, Gründer der neuen Demokratie- und Friedensbewegung seit 28. März 2020

EINE PANDEMIE DER KRANKEN SEELEN

Wir wir uns selbst, gegenseitig und die Welt zugrunde leben und was wir dagegen tun könnten | Von Dr. K. Herthneck

Verschreibungspflichtige Opiode haben in den USA ganze Gegenden zugrunde gerichtet. Die reale Opioid Epidemie kam wie ein Killervirus aus Chemielaboren geplant über die Menschheit – und zwar von Pharmakonzernen, die deshalb mitunter auch »Drogenbarone« genannt werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ebenso, wie die offizielle Propaganda-Wende »zufällig« mit der Amtsenthebung Donald Trumps zusammenfiel: Bis dahin galten »seine Anti-Covid-Impfstoffe« als reines Gift innerhalb des herrschenden Narrativs, ab diesem Zeitpunkt wurden sie plötzlich zu purem Gold derselben falschen Zungen. Doch das betrifft nicht nur die inzwischen absolut verrufenen »Covid-Impfstoffe«, die gewichtige Fragen aufwerfen nicht nur bezüglich des Todeskampfes oder der Endphase des heutigen Kapitalismus, sondern überhaupt das Impfparadigma zur Totalrevision anheimstellen, ebenso die am häufigsten verschriebenen Antidepressiva: Wie Tucker Carlson im vergangenen Jahr verlauten

ließ, soll die gesamte Prämisse hinter den SSRI (Serotonin-Wiederaufnahmehemmer, eine Klasse von Antidepressiva, red.) vollkommen falsch sein – so falsch wie es unsere Seinsweise überhaupt nur sein kann.

Damit ist gemeint, dass in Medizinkreisen bislang stets von einem »chemischen Ungleichgewicht im Gehirn« gesprochen worden ist, wenn es um Psychostörung ging. Seit 1991 wurde die SSRI Verschreibungshäufigkeit allein in den USA um mehr als 3.000 Prozent erhöht, sodass diese im Jahr 2021 auf 224 Millionen anstiegen – bei einer Gesamtbevölkerung von 330 Millionen Menschen!

Im selben Zeitraum stieg die Selbstmordrate als relativ sicherer Depressions und Verzweiflungs- Indikator jedoch ebenso um 30 bis 40 Prozent. Wie geht das zusammen? Könnte es sein, dass es verselbstständigende Problem-bereiche menschlicher Existenz gibt, die durch Psychopharmaka naheliegenderweise weder gelöst noch nachhaltig gebessert, sondern lediglich »maskiert« werden? Bereits in Aldous Huxleys »Brave New World« gab es 1927 eine »Happy-Pill«, die natürlich nicht die Probleme lösen konnte, die uns depressiv machen – aber dafür den Sexualtrieb steigern, sodass wir unsere Misere weniger spüren müssen. Vielleicht ist das dann auch schon die ganze Wirkungsweise der Seelen-medikamente – vielleicht lindern sie etwas, aber sie heilen nie. Wenn wir jedenfalls die wahren Ursachen der realexistierenden

Pandemie seelischer Störungen insbesondere in der westlichen »Werte« Welt verstehen wollen, müssen wir vielleicht Ansätze wie denjenigen von Johann Hari (»Lost Connections: Why You're Depressed and How to Find Hope«, 2018) endlich ernst nehmen: Genauso wie der Mensch körperlich krank wird, wenn seine physischen Grundbedürfnisse nach Nahrung, Flüssigkeit, Sauerstoff usw. nicht erfüllt werden, genauso wird der Mensch seelisch krank, wenn seine psychologischen Grundbedürfnisse nach Zugehörigkeit, Lebenssinn, Lebensaufgabe, Gesehenwerden und Wertgeschätztwerden usw. nicht erfüllt werden.

Durch unsere Zerstörung der Erde werden wir bereits durch denaturierte Nahrung, vergiftetes Wasser und verschmutzte Luft unserer körperlichen Lebensgrundlage beraubt, durch unsere Zerstörung des Mitmenschlichen zunehmend auch unserer seelischen Lebensgrundlage. Offenbar machen unsere Leiden Sinn – wir müssten nur lernen, ihnen zuzuhören. Dann würden wir merken, dass Wertschätzung kein Luxus Optional und Waldbaden genauso wirksam ist wie ein Placebo.

Dr. K. Herthneck ist Psychoanalytiker und studierte und promovierte in Humanmedizin und Psychologie an Universitäten in In- und Ausland. Die letzten Jahre leitete er eine Psychiatrie-Ambulanz an einem Krankenhaus und lehrt zudem seine Fächer an verschiedenen Universitäten.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:

Bank für Sozialkasse

N26

Revolut

Solarisbank

Skatbank



DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 134 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 73 vom 18. Dezember 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:

demokratischerwiderstand.de/abo



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Wir leben in einer postfaktischen Welt, in der du den Medien nicht glauben kannst, du kannst Big Pharma nicht glauben, du kannst den Politikern nicht glauben, du kannst nicht glauben, was du isst, du kannst dir selbst nicht glauben. Wenn es seit Bestehen der Menschheit eine Zeit gab, in der dieses ganze Imperium fallen könnte, dann ist es jetzt.«

Popstar Robbie Williams im Podcast »Weaponized« von Jeremy Corbell und George Knapp



LISA FITZ' NEUER SONG:
»DER JOURNALIST«

Lisa Fitz gehörte in den vergangenen drei Jahren zu den wenigen Künstlern, die ihren Mund nicht gehalten haben. Die Kabarettistin kommentiert den politischen Irrsinn, der uns seitdem täglich umgibt, regelmäßig mit bissigen, spöttischen und humorvollen Kommentaren – und Liedern. Nun hat sie einen neuen Song veröffentlicht: »Der Journalist« (Text: Lisa Fitz, Produzent Reinhold Hoffmann) ist den tapferen und mutigen Journalisten gewidmet, die ihrem Job auch in diesen zunehmend totalitären Zeiten pflichtbewusst nachkommen und sich nicht als Diener eines verrückt gewordenen Staates missbrauchen lassen.

»Er schrieb, was gewünscht ist und sah jeden Tag die Wahrheit im Staube verrecken. Und war es leid, dem Narrativ, dem verlogenen, die Stiefel zu lecken«, heißt es im Songtext. Und weiter: »Der tapfere, mutige Journalist, der wollte nicht mehr kriechen, er konnte den ganzen stinkenden Mief der Feigheit nicht mehr riechen ...« Das Video samt komplettem Songtext ist auf Lisa Fitz' YouTube-Kanal abrufbar.

Die Kabarettistin und Sängerin ist derzeit auf Tour und unter anderem am 28. Mai in Weimar zu sehen.

Foto: Lena Busch

Neu! VERANSTALTUNGSKALENDER

28.05.2023 • Hambach; Festplatz Wiesenstr. • DEMOKRATIEFEST • ab 10:00 Uhr • Eintritt frei

01.06.2023 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16 • KONZERT • Perin Dinekli, André Kregel • 19:30 Uhr • Eintritt frei

01.06.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • »Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurs in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, wichowaka@outlook.de

02.06.2023 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str. 23a, 10405 Berlin • KONZERT UND TALK • »4. Solikonzert für Julian Assange« mit Kilez More, Piet Starrett, BasisBandBerlin, Andre Kregel, das Jens Fischer Rodrian Trio & Alexa Rodrina; Talkrunde mit Ulrike Guérôt, Gabriele Gysi, Katrin Seibold, Uli Gellermann, Nina Maleika und Captain Future • Einlass ab 18.30 Uhr • Soli-Tickets: 19,50€ unter protestnoten.de und an der Abendkasse

03.06.2023 • Berlin; Mauerpark, Amphitheater • FRIEDENSFEST, KONZERT • »Musik ist unsere Waffe« mit Kilez More, Captain Future, Perin Dinekli, Bustek&Lapaz, Basis Band Berlin u.v.m. • ab 14 Uhr • Eintritt frei

03.06.2023 • Cottbus; Bunter Bahnhof, Güterzufuhrstr. 8 • KONZERT • »Der stille Tanz« von und mit Lüül Trio • 20:00 Uhr

06.06.2023 • Berlin, Musikbrauerei, Greifswalderstr. 23a • FAIR TALK TV • »Ankunft der künstlichen Intelligenz – Ist der Mensch Schöpfer oder Auslaufmodell« mit Jens Lehmich • 19:30–23:00 Uhr • Tickets: ab 25€ unter reservix.de, fairtalk.tv

09.06.2023 • Bitburg; Stadthalle, Römermauer 4, 54634 Bitburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 19:30 bis 21:30Uhr • Tickets: 33€ unter kabarett-musik.de

09.06.2023 • Fürstenwalde • KONZERT »Solikonzert für Julian Assange« mit Jens Fischer Rodrian • mehr Informationen unter wahnundsinn.com

10.06.2023 • Stäbelow; Markthalle • KONZERT, FLOHMARKT • »Solikonzert für Julian Assange« von Künstlern für die freie Rede mit Jens Fischer Rodrian, Karsten Troyke, Alexa Rodrian, Isi Reicht, Lui Koray, Lüül • 17:00-20:00Uhr • Tickets im Vorverkauf bis 07.06.2023 ab 14€ unter menschlich-werte-schaffen.de

01. und 02.07.2023 • Berlin; Hotel Aquino, Hannoversche Str. 5b, 10115 Berlin • PSYCHOLOGIE-SYMPOSIUM • »Aus der Angst in die Selbstermächtigung« mit Bastian Barucker, Katja Wrobel, Katharina von Weiler, Prof. Klaus-Jürgen Bruder u. v. a. • Tickets unter ppt-symposium-selbstermaechtigung.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine Email an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST

Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 9783982274591



SCHWERER VERLAUF
Corona als Krisensymptom

Andreas Urban (Hg.)
Promedia-Verlag
ISBN: 978-3853715130



WARUM THEATER?

Jakob Hayner

Matthes & Seitz Berlin
ISBN: 978-3957578525



SCHEINDEMOKRATIE

Hansjörg Müller

Anderwelt Verlag
ISBN: 978-3940321367



DER WIDERSTAND KOCHT!
Schwurbler am Herd

Tobias Fink
Reiwerle-Kochbuch
Bestellbar über www.reiwerle.de



UKRAINIEKRIEG
Warum Europa eine neue
Entspannungspolitik braucht
Stefan Luft und Sandra Kostner (Hg.)
Westend-Verlag
ISBN: 9783949925108



LÜGEN LÜGEN LÜGEN
Tyrannie und Weltenbrand als
Neue Normalität der Globalisten

Flo Osrainik
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3967890389



MASKIERTER TOTALITARISMUS
Biopolitik, Big Pharma, High Tech
und Big Money
Rudolph Bauer
Neopublik-Verlag
ISBN: 978-3754926420



SAG ALLES AB
Plädoyers für den lebenslangen
Generalstreik

Haus Bartleby (Hg.)
Edition Nautilus
ISBN: 978-3-89401-824-5



FREIHEIT IN DER KRISE
48 andere Ansichten zur Krise.

Heil, Alexander

erhältlich unter:
freiheit-in-der-krise.de

MEDIZINISCHE NOTFÄLLE IM SPORT REISSEN NICHT AB

Die *Mainstream-Medien hüllen sich in Schweigen* | Von Klaus Müller

Die medizinischen Auffälligkeiten in der Sportwelt halten an. Nachdem es bereits 2022 in der Fußball-Bundesliga innerhalb kurzer Zeit vier Fälle von Hodenkrebs gab – Timo Baugartl (Union Berlin), Marco Richter, Jean-Paul Boëtius (beide Hertha BSC Berlin) und Sébastien Haller (Borussia Dortmund) – erkrankte nun auch Heinz Lindner.

Der österreichische Nationaltorhüter vom FC Sion, der von 2015 bis 2017 das Tor der Frankfurter Eintracht hütete, machte seine Hodenkrebs-Erkrankung per *Instagram* öffentlich: »Der bösartige Tumor wurde Gott sei Dank rechtzeitig erkannt und hatte noch nicht gestreut«, erklärte der 32-Jährige erleichtert.

Die *Rheinische Post* zeigte im Juli 2022 online in einer Bildergalerie Fußballprofis aus aller Welt, die einst an Krebs erkrankt waren, kam auf zehn Spieler und ging dafür beim Ex-Schalker Ebbe Sand sogar bis ins Jahr 1998 zurück.

Ebenso auffällig sind die zunehmenden Herzbeschwerden vieler Fußballer. Das Landesligaspiel des SV Göttingen gegen den TSV Vahdet Braunschweig wurde kurzfristig abgesagt, nachdem kurz zuvor ein Spieler der Gastgeber zusammengebrochen war, zum Glück jedoch überlebte. In der Freizeitliga in Ribnitz-Damgarten (Mecklenburg-Vorpommern) brach ein 33-jähriger Fußballer der SG Einheit Kenz am Spielfeldrand zusammen. Er wurde vor Ort zunächst reanimiert, verstarb jedoch kurze Zeit später. Beim Oberligaspiel zwischen dem FC Mecklenburg Schwerin und Tasmania Berlin blieb Gastspieler Glodi Zingu plötzlich regungslos auf dem Spielfeld liegen. Spielabbruch! Er überlebte.

Im Ausland ist es ganz ähnlich: Bei der italienischen Provinzmeisterschaft der Junioren sackte Torhüter Jacob Santurbano

(Ortona Calcio) mit einem Herzstillstand zusammen. In Phoenix (Arizona) brach ein Mädchen (12) kurz nach Trainingsbeginn mit einem Herzstillstand zusammen. In Frankreich kippte der Torhüter des FC Nointel (29) in einem Amateurspiel bewusstlos um. Alle drei konnten gerettet werden.

Auch andere Erkrankungen, die eine Folge der Covid-Spritzen sein könnten, kommen immer öfter vor: Der kolumbianische Fußballer Julián Uribe (24) verstarb an den Folgen eines Schlaganfalls und Elian Demicheli, 18-jähriges Nachwuchstalent des Erstligisten River Plate Buenos Aires plötzlich und unerwartet nach einem epileptischen Anfall.

Diese Vorfälle ereigneten sich allesamt im Mai 2023 und stellen nur eine kleine Auswahl dar. Herzprobleme gab es in den vergangenen Monaten bereits bei einer ganzen Reihe von Fußballprofis im In- und Ausland, u. a. bei Alphonso Davies, Noussair Mazraoui (beide Bayern München), Marius Wolf (Borussia Dortmund) und Wojciech Szczesny (Juventus Turin).

Den Ursachen für die vielen Erkrankungen möchten offenbar weder offizielle Stellen noch die *Mainstream-Medien* auf den Grund gehen. Werden sie doch mal thematisiert, wird eine mögliche Ursache grundsätzlich und konsequent nicht einmal erwähnt.

Für den Mediziner und DW-Autor Dr. K. Herthneck steht fest: »Diese vielen Vorfälle sind kein Zufall. Sie stehen sehr wahrscheinlich in einem zeitlichen Zusammenhang zu mindestens einer, meist aber mehreren Anti-Covid-Spritzen. Man muss sich nur die toxische Zusammensetzung der Spritzstoffe anschauen und bedenken, dass es sich um das größte globale Gen-Experiment aller Zeiten handelt. Mit jeder weiteren sogenannten *Booster*-Impfung steigt das gesundheitliche Risiko exorbitant.« Der DW bleibt weiter am Ball.



DAS MÄRCHEN VOM PIONIERBOOT

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Die Krise der Leitmedien öffnet nicht nur Räume für Zeitungen wie den *DW* oder Portale wie *Multipolar*, *Apolut* und *Manova*. Auch das große Geld greift nach der Öffentlichkeit – direkt und unverhohlen.

Ich gebe zu: Gabor Steingart und sein *Team* beherrschen ihr Geschäft. Der *Newsletter*, den ich jeden Morgen in meinem Postfach finde, ist zumindest

ästhetisch ein Genuss. Die Themen perfekt aufeinander abgestimmt, sprachlich allererste Sahne. Und: Die Redaktion weiß, was sie mir sagen muss, damit ich bei der Stange bleibe.

»Neue Medien werden so selten geboren wie neue Sterne«, lese ich dort eine Woche vor Pfingsten. Und Sie sind *live* dabei, lieber Michael Meyen. Vordergründig geht es bei Steingart um das, was auch die *DW*-Macher umtreibt: Denkräume, Sprachvielfalt, Demokratie. Und es geht um das, was guten Journalismus ausmacht:

»Wir sind nicht die Souffleure der Mächtigen, sondern ihre geistigen Antagonisten. Es gibt Pro und Contra und oft gibt es auch etwas Kluges dazwischen.«

Das Projekt von Gabor Steingart heißt *The Pioneer*. In der Hauptstadt gibt es ein Schiff, das diesen Namen trägt. Bald folgt ein zweites. »Bühne für den Journalismus einer neuen Zeit«, sagen die Steingarts und meinen alle, die sich Luxus leisten können.



SPORT MIT BERTHOLD DRUCK

Es gab Tage, da habe ich den Druck vor einem Spiel mehr gespürt als an anderen Tagen: Trockener Mund, schwere Beine beim Aufwärmen, da musste ich den inneren Schweinehund überwinden, um auf Betriebstemperatur zukommen.

Schlechter Schlaf die Nacht vor dem Spiel ist auch ein Kriterium, zu viele Gedanken. Daher habe ich nie verstanden, warum wir bei Heimspielen oder nah gelegenen Auswärtsspielen einquartiert wurden. In England zum Beispiel schlafen die Spieler zuhause und treffen sich vormittags. Finde ich viel besser, ist auch kurzweiliger. Im Hotel geht die Zeit nie rum, die ewige Rumhängerei macht psychisch müde.

Auf dem Weg zum Spiel war es für mich immer am angenehmsten, circa 75 Minuten vor Anpfiff im Stadion einzutreffen. Danach kurze Platzbesichtigung, Kopfhörer auf, meistens lief AC/DC, aufwärmen und leichte Massage in der Kabine und dann raus auf den Platz: Atmosphäre im Stadion aufnehmen, aufwärmen und los gehts!

Wenn das Spiel losging, habe ich den Druck nicht wahrgenommen; als Profifussballer gehört das zum Beruf. Der Fokus lag auf dem Matchplan und auf den Gegenspielern. Hin- und Rückspiel bei Pokalduellen haben natürlich einen besonderen Reiz, ich kann mich an ein Europapokalspiel mit dem VfB Stuttgart gegen Feyenoord Rotterdam erinnern. Das Hinspiel 1:3 verloren und im Hexenkessel von Rotterdam 3:0 gewonnen!

Das gelingt nur, wenn alle daran glauben, inklusive der Reservebank bis zum Busfahrer. Dann wird so eine Energie freigesetzt, dass solche *Comebacks* passieren. Das gilt auch für Spiele, die in der 90 Minute oder Nachspielzeit noch gedreht werden.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Mitlesen kann man zwar schon ab 25 Euro im Monat, richtig dabei ist man aber erst als »Supporter« (10.000 Euro im Jahr) oder als »Leseraktionär« (100.000 Euro). Ich erfahre, dass diese große Summe etwas für Thomas Gottschalk ist, für Roland Berger, für Lobbyisten, Unternehmer, Adlige. Wie man sich so eine Graswurzelsache halt vorstellt.

Ein Rhetorik-Trainer hat mir gesagt, dass man mit jeder Zahl sein Publikum halbiert. Trotzdem. 70 Mitarbeiter. 35.000 bezahlte Abos. 42 Millionen Euro investiert – von Steingart, Axel Springer, Gönnern. »Wir begreifen Journalismus als Mitmach-Veranstaltung für alle«, ruft mein *Newsletter*.

»Zensur findet nicht statt.« Natürlich nicht. Wer auf der Spree durch Berlins Mitte schippert, sieht die Zentren der Macht und die, die dort kleben oder Einfluss haben. Der Rest geht im Wortsinn unter. Guter Journalismus kostet Geld, klar. Er braucht aber vor allem einen Kompass, der nicht nach oben zeigt.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDE SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 135 erscheint am Samstag 3. Juni 2023!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME _____
TELEFON + E-MAIL _____
STRASSE, HAUSNUMMER _____
POSTLEITZAHL UND ORT _____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin